

SEIT
1946

10/2021

ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR



POST/MARXISMUS

„Linke Erzählung“ oder Klassenkampf?
Yola Kipcak

Der Marburger Linkskantianismus
Elisabeth Theresia Widmer

Post-Marxismus vs. Marxismus
Julia Brandstätter

Hardware – Hintergründe zum
Gerätekauf an Bildungsinstitutionen
Peter Pawlicki

EDITORIAL

POST/MARXISMUS

ALESSANDRO BARBERI UND JULIA BRANDSTÄTTER

Spätestens seit dem Fall der Berliner Mauer häufen sich Stimmen, die am Ende der Geschichte Marx und dem Marxismus ihre Legitimität absprechen wollen. Sei es, dass ihre „Große Erzählung“ in Frage gestellt, dass ihre ökonomische Kompetenz als veraltet begriffen oder sei es auch, dass ihr grundlegend totalitärer Charakter behauptet wird. Dementgegen kann im Blick auf die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie nachdrücklich betont werden, dass die Erfolge der Sozialistischen Partei durchgängig auf das eminente theoretische und praktische Niveau des Austromarxismus zurückgeführt werden können.

Deshalb stellt die Aktualisierung marxistischer Theoriebestände eine drängende Aufgabe progressiver Politik dar. Angesichts solcher Konstellationen hat sich die Redaktion der ZUKUNFT entschlossen, dem Thema *Post/Marxismus* eine eigene Ausgabe zu widmen, um eine Diskussion zur Aktualität von Marx und dem Marxismus zu eröffnen. Sind wir wirklich schon im *Post/Marxismus* angekommen oder insistieren Marx und der Marxismus gerade hinsichtlich der krisengebeutelten Finanzmärkte und dem horrenden Auseinanderdriften von Kapital und Arbeit? Eines scheint dabei gewiss zu sein: Marx gespenstert und kann nicht totgeschlagen werden ...

Ganz in diesem Sinne unternimmt **Daniel Lehner** den Versuch, aus einer poststrukturalistisch informierten Position heraus Licht in die medialen Debatten um eine sogenannte „linke Identitätspolitik“ zu bringen. Denn seit geraumer Zeit schwappt ein konservativer Diskurs in sozialdemokratische Milieus, wo man nun auch manch minoritäre politische Praxis als Ursache für den Niedergang auszumachen glaubt. Obwohl im Unklaren bleibt, was mit dieser soge-

nannten „Identitätspolitik“ überhaupt gemeint sei, ist das Unbehagen gegenüber einzelnen Spielarten liberaler Politisierung teils berechtigt. Trotzdem bietet die paternalistische Anrufung einer „sozialen Frage“ keinen Ausweg aus identitätspolitischen Sackgassen. Gleichheit und ein marxistischer Klassenbegriff helfen diese kulturalistischen Zirkelschlüsse aufzubrechen, wobei nicht abgestritten wird, dass politische Praxis immer mit Ideologie und Identitäten verwoben bleibt.

„Die Linke braucht eine neue Erzählung“ – dieser Gedanke beschäftigt viele Progressive in Österreich und weltweit bei dem Versuch, eine neue Alternative zu den herrschenden bürgerlichen Parteien aufzubauen. Was steckt aber hinter dem Konzept eines „neuen Narrativs“? Und welche praktischen Konsequenzen hat es auf die Frage von Staat und Revolution? **Yola Kipcak** erklärt in diesem Zusammenhang, warum Wortspiele kein Ersatz für den Klassenkampf sind und stellt dabei das postmarxistische Konzept der „linken Erzählung“ und seine Folgen für die Praxis dem Marxismus gegenüber. Nach einer kurzen Darstellung der philosophischen Grundlage des Konzepts liegt der Fokus von Kipcak auf der Staatstheorie und damit verbundenen Fragen der Demokratie und des Parlamentarismus. Dabei wird argumentiert, dass das „linke Narrativ“ als Deckmantel für eine Politik der Passivität dient und in entscheidenden Momenten Hemmnis statt Hilfsmittel für klassenkämpferische Politik ist.

Julia Brandstätter bettet dann in ihrem Beitrag den *Post-Marxismus* in seinen historischen Entstehungskontext ein und versteht ihn als Replik auf theoretische Annahmen der „Moderne“, insbesondere des Marxismus. Mit Karl Marx und

Friedrich Engels antwortet sie auf die drei häufigsten gegen die materialistische Geschichtsauffassung angeführten Argumente des Post-Marxismus: Erstens der „ökonomische Reduktionismus“, zweitens der „Klassenreduktionismus“ und drittens die „Teleologie“. Dabei betont die Autorin, dass sich Linksintellektuelle mit dem Siegeszug des westlichen Modells bürgerlich-parlamentarischer Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg in die abstrakten Nebelhöhen des Postmarxismus flüchteten, der ihnen als einzig mögliche Antwort auf das historische Scheitern des „realen Sozialismus“ erschien. Der Beitrag entkräftet mithin antimarxistische Argumente und plädiert für eine gewissenhafte Auslegung des marxischen Œuvres.

Elisabeth Theresia Widmer skizziert daran anschließend und mit Sorgfalt die politische Philosophie der *Marburger Schule* Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Denn im Kontrast zu den rechtskonservativen Intellektuellen dieser Zeit nahm der an Kant orientierte *Marburger Linkskantianismus* eine Sonderstellung ein. Als politisch progressive Strömung richtete sich diese Denkschule gegen den Trend, Marxismus und Sozialismus zum Sündenbock zu stilisieren. Widmer bietet Aufschlüsse in interne Diskussionen der *Marburger Linkskantianer* und zeichnet den Weg der Strömung in den Untergang nach dem Ersten Weltkrieg nach. Dabei liefert sie erkenntnisreiche Einblicke in die internen Diskussionen der „Marburger“, situiert die gesamte Denkrichtung im philosophischen und historischen Kontext der Zeit und führt ihr Scheitern nach dem Ersten Weltkrieg auf den kulturellen Chauvinismus zurück, der ihr Denken begleitete. Die Rekonstruktion dieser Schule des Neukantianismus ist auch deshalb für Sozialdemokrat*innen von großem Interesse, weil gerade der Austromarxismus als Kantianismus begriffen werden muss.

Dieses Zusammenfallen von Kantianismus und Marxismus inspiriert auch den Beitrag von **Alessandro Barberi**, wenn der Versuch unternommen wird, angesichts der fehlenden sozialdemokratischen Außenpolitik eine progressive Programmatik herauszuarbeiten. Denn die Verwerfung(en) von *Austrokantianismus* und *Austromarxismus* im Rahmen der letzten 30 Jahre liegen eindeutig parallel zum (ideologischen und politischen) Niedergang der Sozialdemokratie, die heute nur mehr auf ihre historischen Erfolge zurückblicken kann. Der Beitrag fordert daher einen progressiven Rückgriff auf die herausragenden Bestände des Austromarxismus, um der historischen Mission der Sozialdemokratie auch im Rahmen einer

international(istisch)en Außenpolitik gerecht zu werden. Die österreichische Sozialdemokratie hatte und hätte nach dem hier Diskutierten also ein fortschrittliches und deutlich linkes *mission statement* ... Back to the roots! Back to the future!

Wenn die bisherigen Beiträge theoretische Belange des *Post/Marxismus* diskutieren, dann liegt mit dem Beitrag von **Peter Pawlicki** eine durchaus marxistisch relevante Analyse gegenwärtiger Produktionsbedingungen vor. Denn angesichts der zunehmenden Digitalisierung – etwa in unseren Bildungsinstitutionen – beschäftigt sich der Autor mit den Hintergründen des Gerätekaufs und den vielfältigen Aspekten der derzeitigen und zukünftig gewünschten Arbeitsbedingungen in der Fertigung digitaler Endgeräte. Gerade aus marxistischer Sicht ist deshalb eine Auseinandersetzung mit den Produktionsbedingungen der Digitalisierung unumgänglich. Dies betrifft nicht zuletzt die „Geräteinitiative“ als Teil des 8-Punkte-Plans für die Digitalisierung der österreichischen Schulen durch das BMBWF. Hier eröffnen sich für Bildungsinstitutionen, die sich dem UNESCO-Weltzukunftsvertrag *Agenda 2030* verpflichten, vielfältige Aspekte, auf die der Beitrag aufmerksam machen möchte.

Die Redaktion der ZUKUNFT hat – wie unsere Leser*innen sicherlich im letzten Jahr bemerkt haben – ein besonderes Augenmerk auf das Verhältnis von Politik und Literatur gelegt. In diesem Sinne möchten wir schon im Editorial darauf verweisen, dass der stellvertretende Chefredakteur **Thomas Ballhausen** im Blick auf das Thema *Post/Marxismus* in diesem Heft einen seiner literarischen Texte präsentiert. So schließt *Der Krieg der Eigennamen* ganz vorsätzlich an Poststrukturalismus und Postmarxismus an und liefert Einblicke in ein Prosaprojekt, das mit großer Aktualität Literatur und Theorie zusammenbringt.

Auch freut es die Redaktion der ZUKUNFT sehr, dass sie mit *BenchMarking – Colours of Love* im Rahmen der aktuellen Bildstrecke ein bemerkenswertes Projekt vorstellen kann: Was machen Farben mit uns – und wie können wir in der Auseinandersetzung damit lernen und uns sowie unsere Umgebung verändern? Die Initiative *BenchMarking*, die auf eine Idee des Landtagsabgeordneten Marcus Schober und des Schauspielers Harald Krassnitzer zurückgeht, gestaltet unter der künstlerischen Leitung von Karl Kilian gemeinsam mit Wiener*innen, Künstler*innen und allen Interessierten den öffentlichen Raum in Wien und bemalt

Inhalt

Parkbänke in ästhetisch und politisch anspruchsvoller Weise. Unser Online-Redakteur **Bernd Herger**, der Projektleiter der Initiative, hat dazu auch einen kurzen Beitrag verfasst, der uns zum traurigen Abschluss unserer Ausgabe führt ...

Denn zum Ende hin bleibt uns die erschütternde Nachricht vom viel zu frühen Ableben Caspar Einems, der sich unter vielem anderen als langjähriger Chefredakteur der ZUKUNFT mehr als verdient gemacht hat. Der Nachruf von **Emil Goldberg** erinnert an die vielfältigen Tätigkeiten eines Mentors und Freundes der ZUKUNFT, dessen Ideen, Anregungen und Argumente uns allen fehlen werden. Deshalb widmen wir diese Ausgabe seinem Andenken und vermissen auch im Blick auf den *Post/Marxismus* seine Expertise und vor allem seine Menschlichkeit ...

Es grüßen im Namen der Redaktion

ALESSANDRO BARBERI und JULIA BRANDSTÄTTER

ALESSANDRO BARBERI

ist Chefredakteur der ZUKUNFT, Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Magdeburg und Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos und Texte online unter: <https://lpm.medienbildung.ovgu.de/team/barberi/>

JULIA BRANDSTÄTTER

ist Mitarbeiterin in der Dauerausstellung *Das Rote Wien* im Waschsalon Karl-Marx-Hof und forscht im Rahmen ihres Dissertationsprojekts an der Schnittstelle von Widerstand, Exil und Wissenschaftsgeschichte.



BENCHMARKING – COLOURS OF LOVE

BANK GESTALTET VON BERND HERGER, KARL KILIAN, SVEN RADISCH UND DRAGAN VELIC, ORT PRATER HAUPTALLEE VOR DER STERNWARTEN

ALLE FOTOS IN DIESER AUSGABE:

THOMAS PESCHAT (SEPTEMBER 2020 BIS SEPTEMBER 2021)

6 Lebensstil Klasse

VON DANIEL LEHNER

12 „Linke Erzählung“ oder Klassenkampf?

VON YOLA KIPCAK

18 Post-Marxismus vs. Marxismus

VON JULIA BRANDSTÄTTER

24 Der Marburger Linkskantianismus

VON ELISABETH THERESIA WIDMER

32 Sozialdemokratie – Eine historische Mission ... ?

VON ALESSANDRO BARBERI

38 Hardware – Hintergründe zum Gerätekauf an Bildungsinstitutionen

VON PETER PAWLICKI

46 Der Krieg der Eigennamen

VON THOMAS BALLHAUSEN

48 BenchMarking – Colours of Love

VON BERND HERGER

50 Caspar Einem 1948–2021 – Mut zur Haltung

VON EMIL GOLDBERG



IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3, Mail: office@vaverlag.at **Chefredaktion:** Alessandro Barberi **Stellvertretende Chefredaktion:** Thomas Ballhausen **Redaktionsassistent:** Bianca Burger **Redaktion:** Julia Brandstätter, Hemma Prainsack, Katharina Ranz, Constantin Weinstabl **Online-Redaktion:** Bernd Herger

Mail an die Redaktion: redaktion@diezukunft.at **Cover:** BenchMarking – Colours of Love, Bank gestaltet von Bernd Herger, Karl Kilian, Sven Radisch und Dragan Velic, Ort: Prater Hauptallee vor der Sternwarte – Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und stellen nicht immer die Meinung von Redaktion, Herausgeber*innen und Verlag dar.

Lebensstil Klasse

Der Beitrag von **DANIEL LEHNER** unternimmt den Versuch, aus einer poststrukturalistisch informierten Position heraus Licht in die medialen Debatten um eine sogenannte (linke) Identitätspolitik zu bringen, wobei der Rückgriff auf einen marxistischen Klassenbegriff und das Starkmachen von Gleichheit jene kulturalistischen Sackgassen aufbrechen kann, in die auch die Kritik an ebendieser *identity politics* ständig geraten.

I. EINLEITUNG

An sich ganz einfach: Jede politische Praxis bildet Identität aus, ein Verständnis ihrer selbst, welche immer *auch* in Abarbeitung an und in Differenz zu anderen, gegnerischen Akteur*innen geformt wird, aber nie in diesem relationalen Gefüge gänzlich aufgeht. Auch, weil die politische Identität als Selbstverständnis immer mehr ist als bloßer Text: Ritus, Archiv, selbstverständlicher Horizont und all das eingelassen in Strukturen, Abläufe, Verhältnisse und Staatsapparate. Diese Identitäten werden im politischen Handgemenge verkörpert und vorgetragen in einer Arena, die ein Ringen um Macht, Sichtbarkeit und Herrschaft darstellt. Politische Identität ist das, was als selbstverständlicher Bezugsrahmen, als gemeinsames Gedächtnis und Denken jene bindet, die Teil dieser Praxen sind. Ein Spiel aus Fremd- und Selbstwahrnehmung und Grenzziehungen. Politische Identifikation ist Benennung, Fixierung und Verortung, aber auch die Zurückweisung von zugeschriebenen Identitäten entkommt nicht diesem machtvollen Spiel aus Ent-/Identifizierung.

II. IDENTITY POLITICS?

Was politische Praxis gegenüber anderen Praktiken ausmacht? Dass sie selbst in ihrem hegemonialen Ringen um Staatsmacht auf soziale Identitäten zurückgreift, diese in der Arena mobilisiert und dergestalt Konflikte zur Aufführung bringt, in denen polemisch und anmaßend zugleich ein Kampf um jene „Sicht- und Teilungsprinzipien“ (Bourdieu 2013) stattfindet, die als legitim in die Staatsapparate eingeschrieben und gesellschaftlich durchgesetzt werden wollen. Politik ist die In-Szene-Setzung von Identitäten, sei es als Ressource für Ansprüche, als Differenzmarkierung oder auch als Bruch mit ebendiesen sozialen Identitäten, indem Name und Raum

für Neues gesetzt wird. Da wird kategorisiert, eingeteilt, ab-, ein- und ausgegrenzt, sichtbar und unsichtbar gemacht, ab- und aufgewertet, was das Zeug hält: Politik ist der Kampf um Wahrnehmungsmuster und Ordnungskategorien, mittels derer Gesellschaft sich auch selbst liest und verständlich machen will. Auch darüber werden Identitäten geschaffen, verhandelt und verändert.

Wenn also jede Politik Identitätspolitik ist, weil sie nicht nur ihre Identität re/produziert, sondern auch soziale Identitäten und Kategorien buchstäblich in Stellung bringt: Was soll dann jene Identitätspolitik sein, von der prioritär im rechtskonservativen Feuilleton die Rede ist? Was ist die Praxis jener *identity politics*, die auch in sozialdemokratische Milieus als negative Folie und Projektionsfläche hineinwabert? Natürlich, hierzulande ist diese „Debatte“ gleichzeitig Symptom einer Macht- und Orientierungslosigkeit, Ausdruck oppositioneller Schwäche und Vehikel für innerparteiliche Ränkespiele. Trotzdem: Es gibt ein Unbehagen an manchen politischen Praktiken, die zurecht ob ihrer Reichweite und Wirklosigkeit zu kritisieren sind. Gleichzeitig gerät die Kritik daran, besonders wenn Identitätspolitik als schwammiger „Kampfbegriff“ (Hausbichler 2021) selbstgerecht vor sich hergetragen wird, politisch in reaktionäres Fahrwasser, weil hier Gefahr gelaufen wird – so die These – selbst über eine paternalistische Substanzialisierung von Gesellschaft zu betreiben, was man den Gegner*innen unterstellt: *identity politics*. Man endet wiederum in einer Kulturalisierung von Lebensstilen und der Essentialisierung sozialer Wirklichkeit, wenn man durch die bloße Anrufung „des Sozialen“ oder „des Arbeiters“ – als das präferierte Andere einer diffus bleibenden Identitätspolitik – gerade das zu verhindern glaubte. Den Ausweg aus diesen iden-

titätslogischen Benennungs- und Abgrenzungszirkeln bieten ein offensives Verständnis von Gleichheit und der marxische Klassenbegriff.

III. WHO IS YOUR ENEMY?

Wort und Raum ergreifen. Eine Ungerechtigkeit zur Sprache bringen. Den Konflikt annehmen, aushalten und auch die räumliche Verortung, die Funktion und die Identität zurückweisen (oder auch ironisch überaffirmieren), die einen auch zu dem gemacht hat, was man aus herrschaftlicher Sicht zu sein hat und am besten immer sein soll: Emanzipatorische Politik bringt soziale Verhältnisse nicht nur zur Aufführung und zum Tanzen, sondern sie besteht in der Politisierung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Diese Politik greift ein, reklamiert Rechte für Entrechtete und Autonomie für Unterdrückte. Für sich, für andere und auch für alle. Politische Bewegungen problematisieren eine herrschende „Aufteilung des Sinnlichen“ (Rancière 2016). Sie formulieren Ansprüche bisher Anspruchsloser und setzen Gleichheit, wodurch Ungleichheit und Ungerechtigkeiten erst benennbar werden.

Eine solche Politik ist nie Angelegenheit Einzelner. Auch deshalb verstört ein aktivistischer Zugang, der nur mehr die eigene Betroffenheit als legitimen Ausgangspunkt für dies Sprechen durchgehen lässt. Über Verwundungen, Diskriminierung und Benachteiligung darf reden, wer Erfahrung gemacht habe. Legitimität erwächst hier aus dem authentischen Erlebnis, wodurch blinde Flecken des Einzelnen, soziologisches Mehr-Wissen, Erfahrungen aus vergangenen Kämpfen und theoretische Grundausrüstung vernachlässigt werden. Die anderen sollen ihre Privilegien checken, vor allem zuhören und daran arbeiten, ein guter *ally* zu werden (Dean 2021). Wenn es als anmaßend zurückgewiesen wird, für andere oder auch im Interesse aller das Wort zu ergreifen, gerät durch den explorativen Fokus auf das individuelle Selbst und dessen Identitätsbeschädigungen aus dem Blick, was Gegenstand emanzipatorischer Politik ist: Aufbau von gesellschaftlicher „Gegenmacht“ (Lehner 2018) und Transformation von gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnissen.

Wenn Haltung Drang nach Staatsmacht ersetzt. Wenn Fragen der begrifflichen Bezeichnung mehr Aufmerksamkeit generieren als die Analyse des Bezeichneten. Wenn Wörter nichts mehr zur Sprache bringen, sondern als Distinktionsgesten dienen. Wenn die epistemologische Privilegierung von Betroffenheit den Willen zur Macht unterminiert. Wenn

Empfindsamkeit immer gegen jede Form von Stärke gewinnt – dann kippt Aktivismus in eine politische Nabelschau, die sich einschreibt in eine narzisstische Alltagskultur, in der sich alles um das Selbst, Meinungen und mögliche Beleidigungen dreht. Wer Repräsentation als Anmaßung ablehnt, Herrschaftsstrukturen nur mehr als Ansammlung von Privilegien und Diskriminierungen decodiert und dabei auf eine Aufmerksamkeitsökonomie trifft, die jeden Konflikt gegenüber dem Suchen nach gemeinsamen Gründen bevorzugt, kann keine Wirkmächtigkeit mehr entfalten, die Herrschaft gefährdet.

Auch wenn von der intersektionalen Aufforderung, die verschiedenen Achsen der Ungleichheit (Klasse, Geschlecht, Race), die die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft durchziehen, sich wechselseitig durchdringen, in den Staatsapparaten verdichten und darüber auch reproduzieren, wenn von dieser Aufforderung, ebendiese wechselseitige Durchdringung historisch materialistisch zu bearbeiten, nur die individuelle Addition von Diskriminierungserfahrungen bleibt – dann ist Einspruch zu liefern. Besonders dann, wenn die Beschäftigung mit Klassenverhältnissen nur mehr als schichtspezifische Abwertung (Klassismus) auftaucht. Und es braucht theoretische Gegenwehr, wenn diese Praktiken gar nicht mehr versuchen, Gleichstellung, Anerkennung, Teilhabe und gleiche Rechte für sich (und damit alle) durchzusetzen, sondern einzig auf Verteidigung, Ermächtigung und Abgrenzung je spezifischer Identität und Partikularität abstellen. Das ist der Fall, wenn der Rahmen nicht mehr die „Durchsetzung jenes Gleichheitsversprechens der liberalen Demokratie ist, wonach es keine Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, sexueller Orientierung oder Geschlecht geben darf“ (Mau 2021), sondern die Praxis einem „Kulturessentialismus“ (ebd.) Vorschub leistet, welcher Identität als unveränderlich (voraus) setzt. Werden über begriffliche Abgrenzungen und politische Schismen die Gruppen, für die man zu sprechen gedenkt, immer kleiner, weil auch dies politische Denken jede Universalisierung skeptisch bäugt und jede größere Gemeinschaft bald mal unter Totalitarismusverdacht stellt, ist der Weg in einen regressiven „Identitätsseparatismus“ (ebd.) nicht weit.

IV. BRING PEOPLE TOGETHER

Solch identitätspolitische Sackgassen mag es innerhalb von politischen Bewegungen geben. Die überschießenden Momente. Der Fokus auf Repräsentation und Sichtbarkeit. Das Abstellen auf bloß ein Identitätsmerkmal. Haltung statt Or-


ganisation. Der begriffliche Übereifer, mit dem US-akademische Debatten ohne Vermittlung eingemeindet werden. Auch eine „toxische Leidenschaft“ (Misik 2021), die kleinen Auffassungsunterschiede unter Mitstreiter*innen zu grundsätzlicher Gegner*innenschaft auswachsen lässt. All das fördert Resignation und Unverständlichkeit, wobei viel von dem berechtigten Misstrauen gegenüber den oben skizzierten Spielarten politischer Praxis darin begründet liegt, dass sie Ausdruck von Beschränktheiten liberaler Politik sind, die gar nicht mehr in die Nähe von emanzipatorischer Klassenpolitik kommen, sondern als Teil eines „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser 2017) die Sache des Kapitals affirmativ aufhübschen.

Nur: Wo gibt es hierzulande linke Identitätspolitik? Ist deren unterstellte Mächtigkeit nicht ein einziges Phantasma konservativer Medien? Ein Nachtrauern kultureller Hegemonie und der Versuch in progressive Milieus hineinzuspalten, in dem eine Differenz zwischen dem Einsatz für Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, Antirassismus, etc. und dem Eintreten für soziale Gleichheit und Gerechtigkeit aufgemacht wird? Problematisch wird es dann, wenn diese konservative Differenz selbst aufgegriffen und der Einsatz für ersteres als Mitgrund für das Ausbleiben von zweiterem angegeben wird. „Identitätspolitik“ – meist undefiniert – dient dann als polemisches Abgrenzungsmerkmal um einzufordern, was die eigene Machtlosigkeit überwinden soll: die soziale Frage. Am Horizont erscheint dann oft der fordistische Arbeiter, den man verloren glaubt und dadurch zurückholen gedenkt, im dem man ihm in paternalistischer Weise einen antifeministischen, rassistischen Alltagsverstand andichtet und gleichsam unterstellt, er könne das Eintreten für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und ökonomische Gleichstellung nicht mit dem Einsatz für Respekt, Antidiskriminierung und Anerkennung stolz zusammenbringen. Denn genau beides hat erfolgreiche Arbeiter*innenbewegung immer ausgemacht:

„Wenn heute gerne behauptet wird, ‚die Linken‘, ‚die Progressiven‘, ‚die Sozialdemokraten‘, wären in Anhänger der ‚Identitätspolitik‘ und in Anhänger einer ‚sozialpolitischen Orientierung auf die normalen, einfachen Leute‘ zerrissen, dann relativiert sich das also alleine schon, wenn man diese Geschichte vor Augen hat.“ (Misik 2021)

So sehr Fragen parteipolitischer Taktiererei und thematischer Priorisierung legitim sein mögen, so sehr gerät die Abwertung und Vernachlässigung einer dieser Seiten derselben Medaille, desselben emanzipatorischen Ringens, in regressi-

ves Fahrwasser. Wirklich reaktionär wird die scheinbare Kritik an sogenannter Identitätspolitik, wenn als deren Gegenüber nicht nur einer Reproletarisierung das Wort geredet wird – wieder ein Weiterkreisen um Differenz und Identität –, sondern wenn mit dem Raunen gegen ominöse „Lifestyle-Linke“ das nationalkonservative Geschäft gleich selbst betrieben wird: Die bewegte moderne Stadt als Hort der Destabilisierung von gemeinschaftlicher Übersichtlichkeit und natürlicher Hierarchie. Und von da ist der Weg nicht weit in eine Abwehrhaltung gegenüber Migration, als deren Durchsetzer man irgendwelche linksliberale Globalisten in den Städten – wo sonst – vermutet. Wieder: Überall Kultur und Identität statt Klassenkampf und egalitärer Ermächtigung.

Wie also die Sackgassen identitätspolitischer Praxis vermeiden und die gefährlichen Tümpel der Kritik darin umschiffen? Erstens: Klasse statt Schicht. Diesen basalen sozialwissenschaftlichen Unterschied aufgreifen. Nicht verschiedene Lebensstile oder Identitätsmarker ab- oder aufwerten oder gar zum Ausgangspunkt für Praxis machen, sondern dort Gemeinsamkeit entwickeln, wovon wirklich alle betroffen sind: der Notwendigkeit die Arbeitskraft zu verkaufen. Klasse und Ökonomie statt Identität und Kulturalisierung. Verschiedene Einsätze für Gerechtigkeit, Anerkennung, Respekt und Freiheit finden locker entlang einer Verständlichkeit, einer breiten Genoss*innenschaft und verbindenden Klassenpolitik zusammen. Während ein „Ja, aber“ Energie raubt und oft erst Differenzen aufmacht, über deren Belanglosigkeit man sich erst später verständigt, lebt gewinnende emanzipatorische Politik von einem „sowohl als auch“. Gelassenheit und die wirklichen politischen Gegner*innen nicht aus den Augen verlieren. Damit diese verschiedenen sinnvollen Politiken nicht selbst in Unübersichtlichkeit, normative Obdachlosigkeit oder interne Hierarchisierungsrangeleien abrutschen, braucht es, zweitens, mit Gleichheit einen Kitt, der den emanzipatorischen Horizont grundiert und den steten Einsatz gegen Klassengesellschaft, Ungleichheit und Ungleichbehandlung gleichermaßen umfasst. 

DANIEL LEHNER

hat Soziologie und Politikwissenschaft studiert, ist Vorsitzender des BSA Ottakring und arbeitet aktuell als parlamentarischer Mitarbeiter im österreichischen Nationalrat.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (2013): Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie 2, Berlin: Suhrkamp.
- Dean, Jodi (2021): Genossen! Berlin: Wagenbach.
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2017/02, online unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus> (letzter Zugriff: 01.09.2021).
- Hausbichler, Beate (2021): Warum „Identitätspolitik“ immer mehr zum Kampfbegriff wird, DerStandard, online unter: <https://www.derstandard.at/story/2000127606861/warum-identitaetspolitik-immer-mehr-zum-kampfbegriff-wird> (letzter Zugriff: 01.09.2021).
- Lehner, Daniel (2018): Gegenmacht aufbauen, Zukunft 2018, Nr. 08_09, 14–18.
- Mau, Steffen (2021): Wut kann Impulse setzen, aber keine Probleme bearbeiten, online unter: <https://www.philomag.de/artikel/steffen-mau-wut-kann-impulse-setzen-aber-keine-probleme-bearbeiten> (letzter Zugriff: 01.09.2021).
- Misik, Robert (2021): Der Malocher und die Woken, NZZ, online unter: <https://misik.at/2021/06/der-malocher-und-die-woken/> (letzter Zugriff: 01.09.2021).
- Rancière, Jacques (2008): Die Aufteilung des Sinnlichen. Berlin: bbooks.



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Teilnehmer*innen des Projekts, Ort: Donaukanal, 2. Bezirk auf Höhe Urania



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Teilnehmer*innen des Projekts, Ort: Donaukanal, 2. Bezirk

„Linke Erzählung“ oder Klassenkampf?

„Die Linke braucht eine neue Erzählung“ – dieser Gedanke beschäftigt viele Linke in Österreich und weltweit bei dem Versuch, eine neue Alternative zu den herrschenden bürgerlichen Parteien aufzubauen. Was steckt hinter dem Konzept eines „neuen Narrativs“? Und welche praktischen Konsequenzen hat es auf die Frage von Staat und Revolution? **YOLA KIPCAK** erklärt in diesem Zusammenhang, warum Wortspiele kein Ersatz für den Klassenkampf sind.

I. „LINKE ERZÄHLUNG“ ODER KLASSENKAMPF?

Das Konzept der linken Erzählung geistert zwar schon seit einigen Jahrzehnten an den Universitäten herum, erlangte jedoch Popularität, als neue linke Parteien wie *Syriza* in Griechenland und *Podemos* in Spanien einen plötzlichen Aufschwung erlebten und sich wichtige Proponent*innen dieser Parteien auf die Idee der linken Erzählung beriefen. Eine ihrer wichtigsten Ideengeber*innen ist die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe. Sie geht dabei davon aus, dass die Realität aus Erzählungen, d. h. aus Geschichten, gemacht wird. Wenn Politiker*innen es schaffen würden, die Erfahrung von Menschen in packende Geschichten und „Rahmenerzählungen“ zu gießen, dann beeinflusse dies das Handeln der Menschen und schaffe die Realität.

Das heißt, dass hiernach die Realität nicht aus objektiven, materiellen Tatsachen besteht, die unsere Ideen erschaffen, sondern umgekehrt, dass Ideen die Welt modellieren. Daraus fließt, dass es auch keine Klassen in der Gesellschaft geben soll. Die Arbeiter*innenklasse sei nur eine von vielen Identitäten, die von Erzählungen, von Diskursen und Sprache, geschaffen werde: „Kollektive politische Subjekte entstehen erst durch Repräsentation; vorher existieren sie gar nicht“ (Mouffe 2018: 69).

In diesem Kontext ist ein Exponent dieser Ideen im Rahmen der österreichischen Sozialdemokratie, Max Lercher, zu verstehen, als er 2019 über eine Parteineugründung der SPÖ sagte:

„Was hatte ein tschechischer Industriearbeiter schon mit einem steirischen Bergarbeiter gemeinsam? Was eine Wiener Sozialreformerin mit einem ungarischen Radikalsozialisten?

... Wir sind ja alle verschiedene Menschen und sehen vieles anders. Das ist gut und richtig so. In Hainfeld [dem Gründungsort der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1888, Y. K.] konnte man sich aber auf einige zentrale gemeinsame Ideen einigen, hinter die sich alle stellen konnten. Und man gründete eine Partei, die diese Ideen durchsetzen sollte.“ (Lercher 2019)

Max Lercher betont an anderer Stelle: „Zur neuen Arbeiterklasse gehören jene, die aufgrund des Systems nicht gerecht am Wohlstand partizipieren. Dazu gehören auch Klein- und Mittelbetriebe. Da lässt sich eine neue Konfliktlinie definieren“ (Lercher 2019a).

Zunächst ist hier bemerkenswert, dass für Lercher die Grundlage der Einheit nicht in gemeinsamen Klasseninteressen liegt, sondern in Ideen. Und zweitens sind für ihn die Konfliktlinien in der Gesellschaft nicht objektiv gegebene Tatsachen, sondern können „definiert“ werden, sodass plötzlich „klein- und mittelgroße“ Kapitalist*innen auch Teil der Arbeiter*innenklasse sind!

Aus marxistischer Sicht haben ein tschechischer und ein steirischer Arbeiter sehr viel gemeinsam – sie verrichten nämlich beide Lohnarbeit, werden von Kapitalist*innen ausgebeutet, und sind daher objektiv Teil der Arbeiter*innenklasse. Geht man aber umgekehrt davon aus, dass erst eine packende, emotionale Geschichte die Identitäten von Menschen konstruiert, heißt das in weiterer Folge auch, dass der Kapitalismus selbst nicht durch Klassenkampf gegen die Kapitalist*innen bekämpft werden kann, sondern dadurch, dass man eine neue Geschichte schreibt, die dann in den Köpfen der Menschen

mächtig (hegemonial) wird. Wie Mouffe schreibt: „Jede Ordnung kann daher durch antihegemoniale Praktiken infrage gestellt werden, die versuchen, sie zu *reartikulieren*“ (Mouffe 2018: 101; eigene Hervorhebung).

In Wahrheit bedeutet dies jedoch, dass eine Revolution – ein Bruch mit dem herrschenden System – abgelehnt wird. Wenn man sehr mutig ist, solle man zwar den Kapitalismus „ansprechen“, ihn zu beseitigen liegt den linken Erzähler*innen jedoch fern. Diese idealistische Konzeption tritt insbesondere in der Staatsfrage deutlich hervor.

II. „ZUM STAAT WERDEN“

Die Hauptorientierung der „linken Erzähler*innen“ liegt nicht auf Klassenkampf und Sturz des Kapitalismus, sondern auf demokratischen Forderungen.

„Wir müssen mehr Demokratie wagen“, schreibt Max Lercher (Lercher 2019). Die ehemalige Vorsitzende der *Sozialistischen Jugend Österreich* und derzeitige SPÖ-Parlamentarierin Julia Herr meint: „Die Sozialdemokratie hat in den 1970er-Jahren dafür gekämpft, das Wirtschaftssystem zu demokratisieren und den Wohlstand, der erarbeitet wird, fair zu verteilen. Da haben wir einfach irgendwann den Mumm verloren“ (Herr 2019).

Mouffe erklärt: „Die von uns verfochtene ‚radikale und plurale Demokratie‘ lässt sich daher als eine Radikalisierung der bestehenden demokratischen Institutionen beschreiben [...]“ (Mouffe 2018: 52).

Die Perspektive, die hier präsentiert wird, ist die des Status quo. Der existente Überbau der „demokratischen“ Institutionen, die sich immer wieder als im Sinne der herrschenden Klasse manipuliert erwiesen haben, soll nicht abgeschafft, sondern „verbessert“ werden. Gleichzeitig wird aber der wahre Grund für die Ungleichheit und die Ausbeutung – nämlich der Kapitalismus – nicht einmal als solcher anerkannt.

Hier zeigt sich die zentrale Spaltungslinie in den unterschiedlichen Auffassungen vom Staat und seinen sogenannten „demokratischen Institutionen“ zwischen den Marxist*innen und den linken Erzähler*innen. Letztere beschreiben den Staat als

„[...] Kristallisation der Machtverhältnisse und als umkämpftes Terrain. [...] Als Plattform für agonistische Interventionen begriffen, können diese öffentlichen Räume das

Terrain für wichtige demokratische Fortschritte darstellen. Deshalb sollte sich eine hegemoniale Strategie mit den verschiedenen Staatsapparaten auseinandersetzen, um sie umzugestalten und den Staat so zu einem Vehikel für den Ausdruck einer Vielzahl demokratischer Forderungen zu machen. [...] In gewissem Sinne kann man sowohl die revolutionäre wie auch die hegemoniale Form von Politik als ‚radikal‘ bezeichnen, implizieren doch beide eine Art Bruch mit der bestehenden hegemonialen Ordnung. Allerdings ist dieser Bruch unterschiedlicher Natur, und daher ist es unangemessen, beide – wie es so häufig geschieht – unter der Überschrift ‚links-extrem‘ in ein und dieselbe Kategorie einzuordnen. Anders als so oft behauptet wird, ist die linkspopulistische Strategie kein Avatar für die ‚extreme Linke‘, sondern eine unterschiedliche Methode, den Bruch mit dem Neoliberalismus und die Restituierung und Radikalisierung der Demokratie anzustreben“ (Ebd.: 59f.).

Wie wir sehen, unterscheidet Mouffe klar zwischen einem „revolutionären“ und ihrem eigenen Ansatz, den sie „hegemonial“ nennt. Für sie ist der Staat ein Netzwerk aus Institutionen und „Funktionen“, die nicht Ausdruck von gleichen Interessen sind. Daher gibt es für sie Handlungsspielraum, um zu manövrieren, diese Institutionen und Funktionen mittels des Linkspopulismus zu beeinflussen, zu transformieren und zu verschieben.

Für Marxist*innen auf der anderen Seite ist der Staat kein neutrales Terrain des Kampfes, sondern ein Instrument der herrschenden Klasse, das zerschlagen und durch einen Arbeiter*innenstaat ersetzt werden muss. Haben wir erstmal die alte, kapitalistische Ordnung unterdrückt und den Boden für eine klassenlose, kommunistische Gesellschaft bereitet, wird dieser Arbeiter*innenstaat gemeinsam mit den Klassen in der Gesellschaft absterben. Diese Ansicht wird von post-modernen Theoretiker*innen wie Mouffe lächerlich gemacht und als zu vereinfacht dargestellt.

Natürlich ist die Tatsache, dass der Staat ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klasse ist, nicht immer klar ersichtlich. Sein wahrer Charakter wird von den Kapitalist*innen ständig verschleiert. Es wäre für das Kapital unmöglich, ganz zu schweigen von ineffizient, allein durch Gewalt und Repression zu herrschen. Die Unterdrückten bilden die Mehrheit der Gesellschaft. Würde die Mehrheit der Gesellschaft sich dieser Tatsache bewusst, blickte die kapitalistische Gesellschaft ihrem eigenen Untergang ins Gesicht.

In normalen Zeiten versucht die herrschende Klasse, so fern sie es sich leisten kann, den Schein der Gerechtigkeit, der „Chancengleichheit“ etc. zu wahren. Die Kapitalist*innen ziehen daher im Allgemeinen Staaten mit freien Wahlen, einer gewissen Pressefreiheit, einem Mehrparteiensystem usw. vor. Solche Staaten bieten einen gewissen Handlungsspielraum. Doch unter keinen Umständen wird die herrschende Klasse zulassen, dass ihre fundamentale Rolle als Eigentümerin der Produktionsmittel herausgefordert wird. Der Staat existiert, um genau das sicherzustellen.

Die Form eines Regimes, die Ausformung des Staatsapparats, beeinflusst, wie viel Freiheit und Rechte die Menschen haben. Daher hat der Kampf für demokratische Forderungen, wie zum Beispiel das allgemeine und gleiche Wahlrecht, auch so eine wichtige Rolle in der Geschichte der revolutionären Bewegungen gespielt. Marxist*innen stellen und unterstützen konsequent demokratische Forderungen, die die Mehrheit der Gesellschaft gegen die herrschende Klasse mobilisieren können und die Einheit der Unterdrückten und Ausgebeuteten stärken, was wiederum günstige Bedingungen für die Entwicklung des Klassenkampfes schafft.

Marxist*innen schauen auch nicht auf demokratische Wahlen herab oder ignorieren diese. Revolutionär*innen können Wahlen und parlamentarische Repräsentation nutzen, um revolutionäre politische Ideen einem Massenpublikum zu präsentieren. Wahlen können auch dazu genutzt werden, die Heuchelei der Kapitalistenklasse und ihrer Institutionen zu entlarven. Wenn beispielsweise Revolutionär*innen im Parlament verlangen würden, dass wirkliche Gleichheit und soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden sollen, indem man die Großindustrie und die Banken enteignet – d. h. indem man das Eigentum an den Produktionsmitteln der Kapitalist*innen herausfordert – so würde das gesamte Establishment sein Gewicht in die Waagschale werfen, um diese Forderung abzuwehren.

Wenn notwendig, werden sie die „Demokratie“ und Mehrheitsverhältnisse im Parlament übergehen und ihr ganzes Gerede von Freiheit vergessen, um den Kapitalismus zu retten, wie es auch immer wieder geschehen ist und geschieht. Würden Revolutionär*innen an diesem Punkt einfach stehenbleiben, die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen „was soll man machen, wir haben eben den Kampf um die Hegemonie innerhalb des Staats noch

nicht gewonnen“, so wären sie keine Revolutionär*innen, sondern Reformist*innen. Doch das ist genau, was die „linken Erzähler*innen“ vorschlagen. Indem sie die Grenzen des Wirtschaftssystems (des Kapitalismus) und seines politischen Überbaus (der bürgerlichen Demokratie) anerkennen, können sie über diesen Punkt nicht hinausgehen.

Revolutionär*innen, auf der anderen Seite, sehen die Aktivität der Massen als Schlüsselement, um genau diese Grenzen zu überwinden und die Gesellschaft zu verändern. Parlamente und Wahlen sind nichts als ein nützliches Element, um die Aktivität der Massen zu stärken und zu schüren. Lenin wies darauf hin, dass die Erfahrung „zahlreicher, wenn nicht aller Revolutionen“ zeigt, „daß es zu Revolutionszeiten besonders nützlich ist, die Massenaktion außerhalb des reaktionären Parlaments mit einer Opposition, die mit der Revolution sympathisiert (oder noch besser: die Revolution direkt unterstützt), innerhalb dieses Parlaments zu verbinden.“ Doch gleichzeitig erklärte er: „[D]ie Aktion der Massen z. B. ein großer Streik – ist immer und keineswegs nur während der Revolution oder in einer revolutionären Situation wichtiger als die parlamentarische Aktion“ (Lenin 1920/1959: 46f; Hervorhebung im Original).

Marxist*innen schüren keinerlei Illusionen, dass die Demokratie die zugrundeliegenden Ursachen für Unterdrückung, Armut und Ungleichheit beseitigen kann. Das kann nur durch den Sturz des Kapitalismus erreicht werden.

III. VOM HEGEMONIEKONZEPT ZUR SOZIALPARTNERSCHAFT

Die Theoretiker*innen der „linken Erzählung“ lehnen die marxistische Staatstheorie ab und fokussieren ihre Hauptargumente stattdessen auf die Frage der Demokratie und sehen in der parlamentarischen Repräsentation den Hauptinhalt ihrer Aktivität. Es handle sich beim Staat um ein „umkämpftes Terrain“. Und damit man das angeblich neutrale, klassenunabhängige „Terrain“ neu erzählen kann, muss man Teil davon werden. Das Ziel sei es „eine Mehrheit des Volkes hinter sich zu scharen, um an die Macht zu kommen und eine progressive Hegemonie aufzubauen. Für ihre konkrete Umsetzung gibt es ebenso wenig ein Patentrezept wie für das Endziel.“

Sprich: Wählt uns, und wir tun dann, was wir wollen!

„Das Ziel ist nicht, den Staat zu erobern“, sondern „Staat zu werden“, schreibt Mouffe. Und hier wird aber-

mals deutlich, warum diese Theorie so viel Anklang bei Reformist*innen findet. Denn schließlich ist Teil des Staatsapparates zu werden – am besten mit so wenig Verbindlichkeit von unten wie möglich – die Existenzgrundlage und das Um und Auf des Reformismus. Als Teil des „umkämpften Terrains“ Staatsapparat soll es dann möglich sein, in Diskussionen auf Augenhöhe mit den Kapitalist*innen Verbesserungen für die Wähler*innenschaft durchzusetzen.

„Die Sozialdemokratie muss [das] Kapital in die Schranken weisen und die Märkte zähmen“, O-Ton Max Lercher, und: „Mir schwebt ein Sozialstaat vor, der schützt, Wohlstand gerecht verteilt und Handlungsspielräume [?] lässt“ (Lercher 2019b).

Doch Obacht! In Konfrontation mit dem Klassenfeind (den man nicht so nennt) sei es jedoch wichtig, „dass auftauchende Konflikte nicht die Form eines ‚Antagonismus‘ annehmen (eines Kampfes zwischen Feinden)“, dass der „Gegner nicht als Feind wahrgenommen wird, den es zu vernichten gilt, sondern als Kontrahent, dessen Existenz als legitim anerkannt wird.“

Das ist Universitätsprache für Sozialpartnerschaft und Ausgleich von Klasseninteressen. Wäre es möglich, innerhalb des Kapitalismus durch stetige Reformen Verbesserungen zu erzielen, so hätte eine Mehrheit der Arbeiter*innenklasse auch mit Sicherheit nichts dagegen.

Das Problem ist jedoch, dass der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Widersprüche regelmäßig in Krisen gerät. Die Spardiktatur der „bösen“ Neoliberalen ist nicht einer plötzlichen Lust auf größeres menschliches Leid entsprungen, sondern aus den Zwängen des kapitalistischen Systems, in dem mehr Profite (und diese sichern schließlich das Überleben eines Kapitalisten) nur durch harte Angriffe auf die Arbeiter*innenklasse möglich sind.

Die Sozialdemokratie hat nicht, wie Julia Herr es beschreibt, „einfach irgendwann den Mumm verloren“, sondern der Reformismus ist an die Grenzen des Kapitalismus gestoßen. Es gibt heute schlicht keinen Spielraum mehr für anhaltende, bedeutsame Reformen im Kapitalismus.

IV. DIE VERANTWORTUNG DER FÜHRUNG

Die Suche nach der „Hegemonie“ in der Gesellschaft liefert die Grundlage für eine Politik, bei der viel geredet, aber wenig

gehandelt werden muss. Sie dient in entscheidenden Momenten als passende Ausrede dafür, die politische Offensive gegen die Herrschenden nicht führen zu können, da die Hegemonie eben noch nicht errungen sei. Die Schuld für die Niederlage von Massenbewegungen oder linken Parteien wird so regelmäßig bei den Massen selbst gesucht.

So schreibt Julia Fritzsche, Autorin eines 2019 erschienenen Buchs mit dem Titel *Tiefrot und radikal bunt – für eine neue linke Erzählung* beispielsweise über Massenbewegungen wie die „Gelbwesten“ in Frankreich, „Occupy“, aber sogar über den Arabischen Frühling, dass sie scheiterten,

„[...] weil potenziell Interessierte sie doch irgendwie zu akademisch fanden, oder Zelte zwar nett und niedlich, den Kapitalismus aber irgendwie besser. Weil die Beteiligten selbst die Plätze aufgaben, um wieder regelmäßig Geld zu verdienen, oder weil sie Orte besetzt hatten, wo sie niemanden störten. Und schließlich auch, weil Polizei und Militär sie dort, wo sie störten, von den Plätzen schubsten, sie verletzten, verhafteten.“ (Fritzsche 2019: 25)

Das ist purer Zynismus. Die Massen in Ländern wie Ägypten oder Tunesien riskierten ihr Leben, überwandnen sektiererische Spaltungen und waren bereit, alles für die Freiheit zu geben. Es sei auch angemerkt, dass die Gelbwestenbewegung nicht nur ihr ursprüngliches Ziel – die Abschaffung von Macrons regressiver Treibstoffsteuer – erreichte: durch sie lernten die Arbeiter*innen und Jugendlichen tausendmal mehr über die Rolle des Staates und die bürgerliche „Demokratie“, als durch alle Werke der „linken Erzählung“ zusammengenommen.

V. REVOLUTIONÄRE IDEEN – REVOLUTIONÄRE PRAXIS

Das Konzept der linken Erzählung veranschaulicht, welcher Zusammenhang zwischen Philosophie und politischer Praxis besteht. Als radikal anmutende „Geschichte“ dient es in Wahrheit als Deckmantel für reformistische und dem Kapitalismus in keiner Weise gefährliche Politik.

Ob Verfechter*innen der linken Erzählung die philosophische Grundlage bewusst verteidigen (wie es Mouffe tut), oder das Konzept als für ihre eigenen Handlungen nützlich ansehen und aufgreifen, spielt dabei nur eine zweitrangige Rolle. Die Aufgabe von Revolutionär*innen ist es jedoch, solche Ideen und die damit einhergehende Praxis aufzude-

cken und ihnen tatsächliche Lösungen für die Misere des Kapitalismus entgegenzustellen.

Gehen wir ohne Scheuklappen auf die Realität zu, kämpfen wir für eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung – für einen revolutionären Sturz des Kapitalismus!



Literatur

- Fritzsche, Julia (2019): Tiefrot und radikal bunt: Für eine neue linke Erzählung, Hamburg: Edition Nautilus.
- Herr, Julia (2019): Julia Herr und Josef Cap über die Defizite der Sozialdemokratie, Interview von Rosemarie Schwaiger, online unter: <https://www.profil.at/oesterreich/julia-herr-josef-cap-gespraech-sozialdemokratie-11146436> (letzter Zugriff: 21.6.2021).
- Lenin, W.I. (1920/1959): Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Lenin Werke, Bd. 31. Berlin: Dietz.
- Lercher, Max (2019): Was meine ich mit Neugründung der SPÖ, online unter: <https://www.facebook.com/max.lercher/posts/2453854181401458/> (letzter Zugriff: 21.06.2021).
- Lercher, Max (2019a): Wir müssen ein System zerschlagen, Interview von Florian Gasser, online unter: <https://www.zeit.de/2019/42/max-lercher-spo-sozialdemokratie-neugruendung> (letzter Zugriff: 21.06.2021).
- Lercher, Max (2019b): „Das Haus droht abzubrennen“, in: Kronen Zeitung am 17.09.2019, 2.
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus, Berlin: Suhrkamp.

YOLA KIPCAK

ist Mitglied der Sozialistischen Jugend und Redaktionsmitglied des *Funk*, der marxistischen Zeitung der *International Marxist Tendency* in Österreich. Sie hat sich insbesondere mit Fragen der Frauenunterdrückung sowie der marxistischen Kritik am Postmodernismus – speziell der Queer Theorie – beschäftigt und hat *Politikwissenschaft und Koreanologie* an der Universität Wien studiert.



BenchMarking – Colours of Love

Bank gestaltet von Teilnehmer*innen des Projekts, Ort: Donaukanal, 2. Bezirk

Post-Marxismus vs. Marxismus

JULIA BRANDSTÄTTER ordnet in ihrem Beitrag den Post-Marxismus, eingebettet in seinen historischen Entstehungskontext, als Replik auf theoretische Annahmen der „Moderne“, insbesondere des Marxismus, ein. Mit Marx und Engels antwortet sie auf die drei häufigsten, gegen die materialistische Geschichtsauffassung angeführten, Argumente des Post-Marxismus.

I. EINLEITUNG

Das 20. Jahrhundert war geprägt von einem tiefgreifenden sozioökonomischen Strukturwandel und technologischen Revolutionen; von Kolonialismus und Imperialismus; von der Errichtung des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaates; von Hunger, Massenarbeitslosigkeit und Elend; von ökonomischen Spannungen, die sich in einem besonders barbarischen Vernichtungskrieg entluden; von letztlich gescheiterten Revolutionen und der Mutation des herrschaftskritischen „wissenschaftlichen Sozialismus“ zur herrschenden Staatsdoktrin der Sowjetunion in den Händen der stalinistischen Bürokratie; schließlich, von einem liberal-bürgerlichen Demokratiefetischismus der Nachkriegszeit, der das „Ende der Geschichte“ beschwor und den Bolschewismus als „gesinnungsethischen Terrorismus“ (Rüdiger 2016: 224) brandmarkte.

Die markerschütternden Schreie der Opfer des „Zeitalters der Extreme“ (1914 bis 1991) hallten so grell nach, dass Faschismus und Kommunismus gleichermaßen über den Haufen geworfen wurden, während die kapitalistische Produktionsweise, samt politischem Überbau, als scheinbar alternativlose Weltordnung angenommen wurde. Mit dem Siegeszug des westlichen Modells bürgerlich-parlamentarischer Demokratien war die „Idee großer Politik“ (Marchart 2010: 294) abgelaufen – nur vereinzelte Gruppierungen hielten das rote Banner weiter hoch.

II. ZEITALTER DER GEGENAUFKLÄRUNG

Die Phase der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die schwierige Lage der Linken nach 1968 und der Kollaps der Sowjetunion bildeten den historischen Hintergrund, vor dem neue linke

Theorien formuliert wurden. Der Post-Marxismus, der in den 1980er-Jahren konturlose Gestalt annahm, bildet keine kohärente Denkschule, sondern kann wesentlich über die Negation bestimmter Annahmen der „klassischen“ Moderne im Allgemeinen (insbesondere ihres optimistischen „Fortschrittsglaubens“) und des Marxismus im Besonderen, definiert werden.

Post-marxistische Ideen bildeten sich zu einem wesentlichen Teil in Abgrenzung zum Marxismus heraus, weil die Degeneration der Sowjetunion und die Bürokratisierung und Entdemokratisierung der kommunistischen Parteien nicht auf historische, sondern auf theorieimmanente Entwicklungen zurückgeführt wurden. So stand nicht die historische Analyse, sondern die Infragestellung der marxistischen Theorie im Mittelpunkt des Interesses von post-marxistischen Intellektuellen wie Cornelius Castoriadis, Alain Touraine, Ernesto Laclau, Chantal Mouffe und vielen anderen. Die materialistische Geschichtsauffassung, wie sie Marx und Engels vertraten, verwendeten sie als Kontrastfolie, von der sie sich schließlich abheben konnten. Allerdings entwarfen sie völlig verzerrte Versionen des Marxismus, was in der akademischen Sphäre kritiklos hingenommen wird, weil der Postmarxismus keine „wahre“ oder „richtige“ Interpretation kennt, die sich ernsthaft um eine möglichst wirklichkeitsgetreue, systematisch am Gesamtwerk orientierte, Auslegung bemüht.

Die Kritik am Marxismus, der „reduktionistisch“ sei, weil er alles auf die Ökonomie reduziere; der „essentialistisch“ sei, weil er die Arbeiterklasse zum „ontologisch privilegierten“, das heißt metaphysischen Willenssubjekt der Geschichte erkläre; der „teleologisch“ sei, weil der Geschichtsverlauf ei-

ner ziel- und zweckbestimmten Richtung folge und im kommunistischen Reich der „absoluten“ Freiheit ende usw., wird dem Marx'schen Œuvre nicht gerecht. In drei Schritten sollen daher die häufigsten gegen den Marxismus angeführten Argumente entkräftet werden.

III. „ÖKONOMISCHER REDUKTIONISMUS“

Marx und Engels haben niemals „alles auf die Ökonomie reduziert“. Zwischen Basis und Überbau besteht kein einseitig wirkendes Bedingungsverhältnis, sondern ein komplexes Wechselverhältnis. In seinem Brief an Joseph Bloch vom 21. September 1890 schreibt Engels:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase.“

Weiter erklärt er, dass „die verschiedenen Momente des Überbaus“ – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate, etwa Verfassungen und Gesetze, sowie die „Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten“, also politische, juristische und philosophische Theorien sowie religiöse Anschauungen – auch auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe einwirken und „in vielen Fällen vorwiegend deren Form [bestimmen]“ (MEW 37: 463).

Die ökonomischen und technologischen Verhältnisse einer Gesellschaft sind also das in letzter Instanz bestimmende Moment, sie bilden die Grundlage der Produktion und Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens, d. h. sie bestimmen unmittelbar, was die Menschen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse tun müssen: Jagen und Sammeln in einer steinzeitlichen Wildbeute*innengesellschaft, Sklavenarbeit in einer Sklavenhalter*innengesellschaft, Ackerbau und Frondienste in einer agrarischen Feudalgesellschaft, Lohnarbeit in einer kapitalistischen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft.

Die Bedürfnisbefriedigung ist also die treibende Kraft der geschichtlichen Entwicklung:

„Zum Leben aber gehört vor Allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges Andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befrie-

digung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte, die noch heute, wie vor Jahrtausenden, täglich und stündlich erfüllt werden muß, um die Menschen nur am Leben zu erhalten.“ (MEW 3: 28)

Und gerade diese „menschlichen Bedürfnisse“ werden von post-marxistischen Intellektuellen als „anthropologische Konstanten“ verworfen; obwohl zur Aufrechterhaltung des Lebens notwendige Grundbedürfnisse wie die Nahrungsaufnahme unweigerlich natürliche Konstanten (nicht nur von Menschen, sondern in Form des Stoffwechsels jeder organischen Materie) sind. Die „menschlichen Bedürfnisse“ in ihrer Gesamtheit verändern sich aber freilich unter den sich stetig wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen. Eine Magd des 17. Jahrhunderts wird beispielsweise kein Bedürfnis nach einer Bahnfahrt oder einer Flugreise gehabt haben, weil die technologischen Voraussetzungen für ein solches Bedürfnis noch nicht vorhanden waren.

IV. „KLASSENREDUKTIONISMUS“

Im Post-Marxismus existiert die Arbeiterklasse nicht als „vordiskursive“ Einheit. Sie kann sich in Ermangelung einer wie auch immer gearteten „Wesenhaftigkeit“ nur über diskursive Konstruktion herstellen. Das bedeutet, die Arbeiterklasse hätte sich auch im 17. Jahrhundert herausbilden können, wenn sich die Knechte damals nur überlegt hätten, sich zu einer solchen Klasse zu formieren. Das ist freilich grober Unsinn. Die objektiven Bedingungen stecken die Grenzen des Möglichen ab und bestimmen, welche Gruppe von Menschen in einer bestimmten Epoche ihr emanzipatorisches Potenzial entfalten kann.

Die dialektische Geschichtsauffassung des Marxismus schreibt der Arbeiterklasse aber gar keine ahistorische, „essentialistische“ Wesenhaftigkeit zu, die der Post-Marxismus ablehnt. Kategorien wie die Arbeiterklasse sind „ebensowenig ewig wie die Verhältnisse, die sie ausdrücken. Sie sind historische, vergängliche, vorübergehende Produkte“ (MEW 4: 130), schreibt Marx in seiner Schrift Das Elend der Philosophie.

Allerdings entstehen Klassen nicht erst im Prozess der Identitätsbildung. Wir finden heute, wenn wir durch den Zufall der Geburt in diese Welt geworfen werden, Klassenverhältnisse vor, derer wir uns nicht individuell entledigen können.

Die Geschichte ist keine Abfolge von Identitätsbildungen (die nur vor dem Hintergrund einer spezifischen Klas-

senstruktur überhaupt denkbar sind), sie bewegte sich vielmehr „in Klassegegensätzen, die in den verschiedensten Epochen verschieden gestaltet waren“ (MEW 4: 480). Diese Klassen führten Kämpfe, die den Charakter der Gesellschaften veränderten:

„Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, kurz, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedesmal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klassen.“ (MEW 4: 480)

Das „Subjekt der Emanzipation“ kann unter den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen also kein beliebiges sein; im Kapitalismus ist es die Arbeiterklasse, das heißt, die überwältigende Mehrheit der heute lebenden Menschen, die nicht im Besitz der Produktionsmittel sind, sondern dazu gezwungen sind, ihre Arbeitskraft gegen Lohn zu verkaufen.

V. „TELEOLOGIE“ UND DAS ENDE DER POLITIK

Der Marxismus würde, so die post-marxistische Kritik weiter, eine teleologische Auffassung von Geschichte als gesetzmäßig auf ein ideales Endziel zulaufender Prozess vertreten; eine Auffassung, die eigentlich für Religionen charakteristisch ist. Erlösung und Befreiung sind Hoffnungen letzter Instanz, die der gesamten Schöpfungsgeschichte erst ihren Sinn verleihen. Auch Marx und Engels seien einem solchen „eschatologischen Messianismus“ verfallen, wenn sie den gesetzmäßigen Geschichtsverlauf dem Endpunkt der befreiten kommunistischen Gesellschaft zuführten (Laclau 2002: 112, Derrida 2004: 88). Laclau stellt den Marxismus gemeinsam mit dem Hegelianismus gar an die Spitze der Entwicklung der „christlichen Geschichtsvision“ (Laclau 2002: 24, 33). Dieser im Voraus bestimmte Endzweck einer linearen, fortschrittlichen und unaufhaltsamen historischen Bewegung, auf den sich die Geschichte gewissermaßen selbstständig, ja mit der Notwendigkeit eines wissenschaftlich überprüfbaren Gesetzes zubewege, sei daher nichts anderes als religiöser Aberglaube – Chiliasmus, die Erwartung einer Ankunft, nicht der Jesu, aber des kommunistischen „Reichs der Freiheit“.

Diese kaum noch ernstzunehmende Verfälschung des Marxismus ist das Produkt einer einseitigen Übertreibung: Die „Gesetzmäßigkeit“ der ökonomischen Entwicklung wird

auf die Spitze getrieben und als berechenbare, zwangsläufige, unaufhaltsame Logik dargestellt. Marx und Engels haben aber kein Schema entworfen, das sie der Geschichte aufzwingen, sie haben vielmehr die Entwicklungstendenzen und Dynamiken historischer Phänomene in ihren Zusammenhängen und Wechselwirkungen studiert und allgemeinere Schlussfolgerungen gezogen. Diese „Gesetze der Geschichte“ sind natürlich keine plumpen, mustergültigen Abstraktionen, sondern beschreiben konkrete historische Vorkommnisse: Das Wertgesetz, die Krisentendenz im Kapitalismus, Darwins Gesetz der Evolution, die Tendenz zur Revolution; das sind komplexe Phänomene, die von konkreten Bedingungen abhängen.

Die Gesetze der Geschichte würden quasi automatisch im Kommunismus enden, lautet der Vorwurf weiter. Chantal Mouffe argumentiert in ihrem neuesten Buch, dass es „Antagonismen, Konflikte und eine gewisse Undurchlässigkeit [...] in einer Gesellschaft immer geben“ werde; daher gilt es, „sich vom Mythos des Kommunismus als transparenter und versöhnter Gesellschaft – eine Idee, die klarerweise ein Ende der Politik einschließt – zu verabschieden“ (Mouffe 2018: 13).

Marx und Engels haben aber niemals behauptet, dass in einer kommunistischen Gesellschaft alle gesellschaftlichen Konfliktpotenziale ein für alle Mal aufgehoben und vollständige Harmonie einkehren würde. Diese Argumentation geht völlig am Punkt vorbei: Es geht nicht darum, Antagonismen als solche (!) aufzuheben, sondern darum, den konkreten Antagonismus von Lohnarbeit und Kapital zu überwinden, da das Privateigentum an Produktionsmitteln die Ursache für Ausbeutung und Unterdrückung ist.

Die Menschheitsgeschichte würde im Kommunismus nicht zu Ende gehen. Geschichte ist ein von Widersprüchen vorangetriebener unendlicher Prozess, der vorläufige Gesellschaftsformationen hervorbringt, die ihrerseits Geschichte haben werden. Engels schreibt, die Geschichte kann keinen „vollendenden Abschluß finden in einem vollkommenen Idealzustand der Menschheit; eine vollkommene Gesellschaft, ein vollkommener ‚Staat‘ sind Dinge, die nur in der Phantasie bestehen können; im Gegenteil sind alle nacheinander folgenden geschichtlichen Zustände nur vergängliche Stufen im endlosen Entwicklungsgang“.

VI. AKTUALITÄT DES MARXISMUS

Die Frage nach dem theoretischen Fundament, das ein überlegtes, den Herausforderungen der Zeit angemessenes poli-

tisches Handeln ermöglicht, stellt sich heute mehr denn je. Das weltumspannende, in sich zusammenhängende Krisenkonglomerat – zu dem neben der Wirtschafts- und Gesundheitskrise insbesondere die Klimakatastrophe zählt – bedroht die Menschheit in ihrer Existenz. Ganz im Sinne des marxischen Ausspruches „Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen“ (MEW 1: 386), rechtfertigen die neuen Bedingungen die wachsende Popularität und anhaltende Wirkmacht des Marxismus. Jede Totenbeschau des marxischen Denkens bleibt ein „Versuch, den uns immer noch verfolgenden Geist Marxens zu exorzieren“, gesteht Oliver Marchart, aber auch Jean-Paul Sartre, wenn er den Marxismus als „die unüberschreitbare Philosophie unserer Zeit“ (Sartre 1967: 868) charakterisiert.

JULIA BRANDSTÄTTER

ist Mitarbeiterin in der Dauerausstellung *Das Rote Wien* im Waschsalon Karl-Marx-Hof und forscht im Rahmen ihres Dissertationsprojekts an der Schnittstelle von Widerstand, Exil und Wissenschaftsgeschichte.

Literatur

- Derrida, Jacques (2004): Marx' Gespenster. Der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (2002): Emanzipation und Differenz, Wien: Turia+Kant.
- Marchart, Oliver (2010): Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben, Berlin: Suhrkamp.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1956–2018): Werke, 44 Bde., Berlin: Dietz (zit. als MEW).
- Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus, Berlin: Suhrkamp.
- Rüdiger, Axel (2016): Von der „Transformation der Demokratie“ zur „revolutionären Real-Politik“. Ein Plädoyer für den Neo-Jakobinismus, in: Alex Demirović (Hg.): Transformation der Demokratie – demokratische Transformation, Münster: Westfälisches Dampfboot, 224–248.
- Sartre, Jean-Paul (1967): Kritik der dialektischen Vernunft. Band 1. Theorie der gesellschaftlichen Praxis, Hamburg: Rowohlt.



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Bernd Herger, Karl Kilian, Sven Radisch und Dragan Velic, Ort: Prater Hauptallee vor der Sternwarte



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Bernd Herger, Ort: Prater Hauptallee

Der Marburger Linkskantianismus

ELISABETH THERESIA WIDMER skizziert in ihrem Beitrag die politische Philosophie der *Marburger Schule* Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Im Kontrast zu den rechtskonservativen Intellektuellen dieser Zeit nahm der an Kant orientierte *Marburger Linkskantianismus* eine Sonderstellung ein. Als politisch linke und progressive Strömung richtete sich die Denkschule gegen den Trend, den Sozialismus zum Sündenbock zu stilisieren. Widmer gibt Einblicke in interne Diskussionen der Marburger Linkskantianer und zeichnet den Weg der Strömung in den Untergang nach dem Ersten Weltkrieg nach.

I. EINLEITUNG

Wenn wir uns heute an linke Theoretiker*innen aus Deutschland im 19. Jahrhundert erinnern, denken wir in erster Linie an Marx und Engels. Dabei gerät leicht in Vergessenheit, dass sich in Deutschland neben den Urvätern der Kapitalismuskritik eine vielfältige Landschaft sozialistischer Literatur entwickelte, die den modernen Sozialismus wesentlich prägte. In diesem Beitrag skizziere ich die politische Philosophie der Marburger Schule, die in der zweiten Hälfte des 19. und am Beginn des 20. Jahrhunderts eine Hochblüte erlebte. An Immanuel Kant orientiert, zielte der Marburger Linkskantianismus darauf ab, bürgerliche Gesellschaftsnormen zu kritisieren und für einen ethischen und reformbasierten Sozialismus fruchtbar zu machen. Der „Linkskantianismus“ bezeichnet kein einheitliches Programm. Der Begriff signalisiert, dass sich neben dem Linkshegelianismus und einer politisch-konservativen Berufung auf universale Werte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch eine politisch linksgerichtete Strömung des Idealismus herausbildete. Die Schriften des Linkskantianismus entstanden in der Zeit zwischen der Ersten und der Zweiten Internationalen (1889–1914) – dem „[g]oldene[n] Zeitalter des Marxismus“ (Kolakowski 1988: 11).

In den reformistischen Ansätzen der Schule sahen manche einen geeigneteren Ansatz, der es vermochte, auf die Probleme der Zeit zu antworten. Im Revisionismus-Streit der 1890er-Jahre lieferten die Schriften der Marburger eine Alternative, die es erlaubte, das marxistisch-orthodoxe Programm der Partei kritisch zu überdenken. Später wurden ihre Ansätze im Zuge des Ersten Weltkrieges und des Imperialismus auf die Probe gestellt. Wie ich herausstellen werde, wa-

ren ihre Ansätze jedoch zu sehr vom kulturimperialistischen Duktus der Zeit geprägt, als dass ihre Theorien auch nach dem Ersten Weltkrieg für die Probleme des neuen Jahrhunderts anschlussfähig gemacht werden konnten.

II. DER MARBURGER LINKSKANTIANISMUS



Hermann Cohen © Wikimedia Commons

Im Kern bestand die Marburger Prägung der „Zurück auf Kant“-Bewegung aus Hermann Cohen (1842–1918) und Paul Natorp (1854–1924). Cohen wuchs als Sohn eines jüdischen Cantors in einer Familie in Schleswig auf und wollte in jungen Jahren Rabbiner werden. Während viele seiner

jüdischen Kollegen aufgrund des tief verankerten Antisemitismus im preußischen Staat zum Christentum konvertierten, blieb Cohen dem jüdischen Glauben treu. In den jüdischen Schriften fand er eine fruchtbare Basis, um den Individualismus der kantischen Ethik zu überwinden und für die Grundlagen einer modernen Sozialdemokratie zu nutzen. Auch heute noch stellt seine Kant-Interpretation eine Sonderstellung in der Kant-Forschung dar. Inspiriert vom jüdischen Monotheismus lieferte er bereits 1877, in Kants Begründung der Ethik, eine Auslegung des Sittengesetzes, die darauf abzielte, gesellschaftliche Normen auf ihren ethischen Gehalt hin zu überprüfen (Cohen [1877] 2001: 279–80). In seiner reifen Systemphilosophie, der *Ethik des reinen Willens* (1904), argumentierte Cohen, dass das von ihm neu ausgelegte Sittengesetz auch das Grundprinzip der Rechtswissenschaften darstelle. Die grundlegendste Aufgabe des Rechtsstaates bestand in Cohens Augen darin, das menschliche Grundrecht, jederzeit auch als Zweck-an-sich und niemals bloß als Mittel behandelt zu werden, zu verteidigen (Cohen [1904] 1981: 255). Auf dieser Grundlage kritisierte Cohen das Familien-, Erb-, und Arbeitsrecht; sie standen Cohen zufolge im begrifflichen Widerspruch zum Sittengesetz und verletzten damit die Würde des Menschen (Cohen [1904] 1981: 606). Natorp beschäftigte sich hingegen mit der pädagogischen Frage, welche lernbaren Praktiken es zu vermitteln gelte, um verantwortungsvolle und sozial orientierte Bürger*innen auszubilden. Er machte drei Grundtugenden fest, auf denen die von ihm angedachte sozialdemokratische Republik zu gründen hatte: Die Tugend des Maßes, der Klugheit und der Vernunft (Natorp 1899). Trotz der unterschiedlichen Themenbereiche, an denen Cohen und Natorp arbeiteten, stimmten sie darin überein, dass der Sozialismus auf ethischen Kriterien gründe.

Anders verhält es sich, wenn der Marburger Linkskantianismus breiter gefasst wird. Einige waren der Meinung, dass kantische Elemente mit dem marxischen Programm ergänzt, korrigiert oder erweitert werden müssten. Hierzu zählen auch die Ansätze der frühen Neukantianer Friedrich Albert Lange (1828–1875) und Rudolf Stammler (1856–1938). Weil sich Lange, der vom geistreichen Kant-Verständnis Cohens tief beeindruckt war, darum bemühte, dem jungen Cohen eine Professur an seiner Universität in Marburg zu verschaffen, wird er manchmal auch als „Vater der Marburger Schule“ bezeichnet (Sieg 1994). Die Philosophie von Lange war noch stark im Sensualismus des 19. Jahrhun-

derts verankert. Damit unterschied sich seine Kant-Interpretation vom Kern der Schule, die ihre Philosophien im „reinen Denken“ begründet wissen wollten. Auch die politische Philosophie Langes orientierte sich stark an naturalistischen Denkern wie Charles Darwin, Adam Smith und Thomas R. Malthus. Dennoch waren es die kantischen Elemente seines reformbasierten und antirevolutionären Sozialismus, die von den Epigonen wertgeschätzt wurden. Auch Stammers Ansatz unterschied sich in wesentlichen Aspekten vom engen Begriff des Marburger Linkskantianismus (Stammler 1902; 1906). Eine ethische Untermauerung der Rechtswissenschaften, wie sie Cohen anstrebte, lehnte er ab. Dennoch stützte er sich auf die von Kant inspirierte Erkenntnistheorie Cohens, um seinen Begriff des transzendentalen Naturrechts mit dem – damals weit verbreiteten – Rechtspositivismus in Verbindung zu bringen. Der wohl bekannteste Rechtstheoretiker, der sich an Stammler orientierte, war der Verfasser der österreichischen Verfassung: Hans Kelsen (1881–1973).

Bis auf Lange, der 1862 mit Engels in Kontakt stand und ihn gemeinsam mit Marx um die Mitarbeit für seine sozialdemokratische Zeitung *Der Bote* vom Niederrhein bat, trugen die Marburger Linkskantianer ihre Diskussionen hauptsächlich intern aus (Eckert 1969: 74). Als sich Natorp 1893 im Zuge von Demonstrationen rechtsgerichteter Burschenschaften dazu entschloss, in den politischen Diskurs einzugreifen, wurde er vom preußischen Bildungsministerium zurechtgewiesen (Holzhey 1986: 236). Zu stark war der akademische Bereich unter der Kontrolle der antisozialistischen Regierung, als dass ein linksgerichteter politischer Aktivismus in der Funktion als Universitätsgelehrter möglich gewesen wäre

Nicht zuletzt deswegen waren es die freiberuflichen Philosophen und Lehrer Franz Staudinger (1849–1921) und Karl Vorländer (1860–1928), die sich für eine Verbreitung der Marburger Lehren einsetzten. Neben Eduard Bernstein (1850–1932), der mit dem Slogan „Zurück auf Lange“ den Revisionismus in der SPD einzuleiten versuchte (Retter 2007: 103), übernahmen auch Austromarxisten wie Max Adler (1873–1937) einige ihrer reformistischen Ideen. Die „orthodoxen“ Marxisten, wie Karl Kautsky (1854–1938), Franz Mehring (1846–1919) und Nikolai Berdjajew (1874–1948), sahen in den von Kant inspirierten Ansätzen der Marburger hingegen einen weichen Linkliberalismus, der an den eigentlichen Grundproblemen vorbeiging.

III. DER MARBURGER LINKSKANTIANISMUS IM PHILOSOPHISCHEN UND HISTORISCHEN KONTEXT

In den Jahren 1878/79 fand eine „idealistische Wende“ in der deutschsprachigen Philosophie statt (Köhnke 1986: 404; Sieg 2013: 19–57). Grund dafür waren die beiden Attentate auf Kaiser Wilhelm I. Die konservative, pro-preußische Presse und Otto von Bismarck (1815–1898) nahmen die Attentatsversuche zum Anlass, um die kritische Haltung gegenüber der sozialdemokratischen Partei im Volk zu stärken. Nachdem von Bismarck erfolglos nach dem ersten Anschlag versucht hatte, mit dem Sozialistengesetz die Aktivitäten der Partei zu verbieten, verfasste der konservative Antisemit und Reichshistoriker Heinrich von Treitschke (1834–1896) am 1. Juni 1878 die Streitschrift *Der Socialismus und der Meuchelmord*. Von Treitschke argumentierte in dieser Schrift, dass jegliches kulturelle Verderben auf die materialistische Untermauerung des Sozialismus zurückzuführen sei. Den Materialismus machte er verantwortlich für den Verfall der Religion und der Sitten. Den rechtsbürgerlichen Idealismus stellte er dem Materialismus gegenüber:

„Was von berechtigten Gedanken in den Lehren dieser Sekte liegen mag ist ihr gemein mit anderen Parteien; was ihr eigen angehört und ihr Wesen ausmacht, ist das Evangelium der sinnlichen Gier, des Hasses und Neides, die Verhöhnung alles Heiligen.“ (Treitschke 1878: 4)

Die Attentate, so heißt es weiter, seien sozialistisch motiviert gewesen; die Partei bezeichnete er als eine „Schule des Verbrechens“ (1878: 5–7). Obwohl die Faktenlage zeigte, dass zwischen der SPD und den Attentätern keine Verbindung bestand (Sieg 2013), prägte Treitschke damit ein Narrativ, das von einigen Intellektuellen der Zeit aufgegriffen wurde.

Der Philosoph Jürgen Bona Meyer (1829–1897) verfasste noch in demselben Jahr eine Schrift, worin er sich gegen die sozialistische Auffassung des Eigentums richtete. Bereits bei Fichte finde sich die „gefährliche Lehre [...], nach welcher Jeder, der kein Eigentum hat, das natürliche Recht haben soll, sich an dem Eigentum eines jeden Anderen zu vergreifen“ (Köhnke 1986: 412). Auch der Physiker Hermann von Helmholtz (1821–1894), spielte auf den Sozialismus an, als er in einer Rede den Tageden nachsann, die noch nicht von einer „zynische[n] Verachtung aller idealen Güter des Menschengeschlechts“ geprägt waren (von Helmholtz [1878] 1903: 213ff). Auch bei Wilhelm Windelband (1848–1915) zeichnet

sich 1882 eine Wende zur universalen Ethik ab (Windelband 1924a: 29). Um dem linken Relativismus Einhalt zu gebieten, widmete er sich ein Jahr später den ethischen Grundlagen der Philosophie (Windelband 1924b: 161ff).

Im Kontrast zu den rechtskonservativen Intellektuellen dieser Zeit nahm der Marburger Linkskantianismus eine Sonderstellung ein. Als politisch linke und progressive Strömung richtete sich die Denkschule gegen den Trend, den Sozialismus zum Sündenbock zu stilisieren. Während sich einige ihrer Kollegen auf Kant beriefen, um sich gegen den materialistisch untermauerten Sozialismus zu wenden, argumentierten die Marburger Linkskantianer, dass die kantischen Grundlagen – angepasst an die neue Zeit – unweigerlich zu einer affirmativen Haltung des humanistisch ausgerichteten Sozialismus führen müsse.

Doch damit nahmen sie auch eine Sonderstellung zum historischen Marxismus ein. Marx zufolge lieferten die Ideen keine geeignete Grundlage, um die Problematiken des Kapitalismus aufzuzeigen. Stattdessen war er der Meinung, dass wir die materiellen, das heißt die ökonomischen Bedingungen der Geschichte, studieren sollten. Die Geschichte der Produktionsverhältnisse, so Marx, würde uns in materialisierter Weise gegenüberreten und unsere Lebensweisen und -formen wesentlich bestimmen. Die Geschichte erfolgt bei Marx aber nicht willkürlich; durch Widersprüche bzw. Klassenkämpfe bestimmt, ist sie dialektisch zu denken:

„Freier und Sklave, Patrizier und Plebejer, Baron und Leibeigener, Zunftbürger und Gesell, Unterdrücker und Unterdrückte standen in stetem Gegensatz zueinander, führten einen ununterbrochenen, bald versteckten, bald offenen Kampf, einen Kampf, der jedes Mal mit einer revolutionären Umgestaltung der ganzen Gesellschaft endete oder mit dem gemeinsamen Untergang der kämpfenden Klasse.“ (Marx [1848] 2017: 31)

Lange, Cohen, Stammler und Natorp zufolge war der historische Materialismus hingegen von dem Mangel gekennzeichnet, die subjektiven Erfahrungsgrundsätze des Bewusstseins nicht reflektiert zu haben.

In Bezug auf die Wissenschaftstheorie kritisierten sie, dass es den historischen Materialisten aufgrund der dialektischen Auffassung der Geschichte nicht gelang, sich von spekulativen Elementen zu befreien. Am deutlichsten formulierte

Lange diese Kritik in der Arbeiterfrage. Indem Marx davon ausgehe, dass alle geschichtlichen Ereignisse auf den ökonomisch bedingten Klassenkampf zurückzuführen seien, so meint Lange, verfälsche er die Geschichte (Lange 1870: 226). Cohen kritisierte hingegen, dass durch die geschichtliche Betrachtung bei Hegel und Marx die ethische Grundlage abgelehnt und der Geschichte untergeordnet würde.

Bis auf Natorps späte Schriften lehnten sie auch die gesetzmäßige Auffassung der Geschichte ab. Damit einher ging auch eine Ablehnung der Revolution als notwendige Folge aus den ökonomischen Bedingungen. Obwohl Lange der Revolution in jungen Jahren noch positiver gegenüberstand, argumentierte er später, dass die Revolution geradezu das humanistische Potenzial der Sozialdemokratie zerstöre. Weil langfristige und stabile Veränderungen nur durch kleine Schritte zu erzielen seien, sprachen sich die Marburger gegen einen revolutionären Umsturz der Produktionsverhältnisse aus (Lange 1870; Cohen 1981). Sie bevorzugten Maßnahmen wie Reformen sowie die Gründung von Genossenschaften und Gewerkschaften.

Ein weiterer Unterschied zu Marx, der seine religionskritische Haltung bekanntlich durch die Aussage, die Religion sei „Opium des Volks“ (Marx 1982: 171), metaphorisch zum Ausdruck brachte, bestand in ihrer durchwegs positiven Haltung gegenüber der Religion. Zwar lehnte Lange bereits sehr früh eine metaphysische oder erkenntniskritische Rechtfertigung Gottes ab; dennoch sah er in der christlichen Sittenlehre eine brauchbare Erfindung, die es vermochte, die Massen zum ethischen Handeln zu bewegen. In den Augen Langes hatte das Christentum im Kampf gegen den vom Egoismus genährten Kapitalismus eine erstrebenswerte moralpsychologische Wirkung (Lange 2015: 931). Cohen zufolge stand ein aufgeklärtes Judentum im direkten Zusammenhang mit dem Sozialismus. Weil sowohl der jüdische Glaube als auch der Sozialismus in der Sozialethik ihre Begründung fanden, teilte die Ethik des Judentums einige Aspekte mit der Sozialdemokratie.

Hinsichtlich der wissenschaftstheoretischen, geschichtsphilosophischen und religiösen Grundlagen kritisierten die Marburger Linkskantianer, dass der historische Materialismus auf grundlegend falschen Prämissen aufbaue. Die angeblich spekulativen Elemente des Marxismus ersetzten sie mit einer kantischen Grundlage, die eine klare Trennung zwischen den empirischen Fakten und den idealen Aspekten einforderte.

IV. DER UNTERGANG DES MARBURGER LINKSKANTIANISMUS

Vor und während des Ersten Weltkrieges ist eine thematische Veränderung bei Cohen und Natorp zu erkennen, die auch mit dem Untergang des Marburger Linkskantianismus verbunden ist. Auch 1916, als die Kriegsbegeisterung der Vorkriegszeit bereits abgeklungen war, vertrat Natorp noch weiterhin die Meinung, dass allein Deutschland im Namen der Vernunft handele, während er die anderen Großmächte beschuldigte, von imperialistischen Ideologien verblendet zu sein.

Innerhalb der sozialdemokratischen Partei, die kurz vor dem Krieg einige Wählerstimmen lukrierte, hielt sich die Kriegsbegeisterung in Grenzen. Einige erkannten, dass der Imperialismus eine kapitalistische Ausbeutung fremder Kulturen war. Ein Krieg zur Erweiterung der Macht war ihrer Meinung nach nicht legitimiert. 1914 gab die Partei an, ausschließlich einem Verteidigungskrieg zuzustimmen, was sie am 30. Juni auch tat (Nipperdey 2013: 692). Noch im selben Jahr zeigte sich aber, dass sich die Kriegsstrategie nicht auf Verteidigung beschränkte. Weil der radikalere Flügel der sozialdemokratischen Partei die imperialistische Kriegsführung nicht unterstützte, kam es zu einer Spaltung innerhalb der Partei. Mit Karl Liebknecht an der Spitze löste sich die neu gegründete USDP von der Sozialdemokratie und wandte sich thematisch dem internationalen Klassenkampf zu. Die Sozialdemokratie entwickelte sich hingegen zu einer „nationalen Reformpartei“, die die aktive Haltung Deutschlands im Kriege weiterhin unterstützte (Nipperdey 2013: 784). Diese realpolitische Spaltung spiegelte sich auch im intellektuellen Diskurs – allen voran bei Natorp – wider.

Überzeugt von der Legitimität der Stellung Deutschlands meinte Natorp: „Deutschland“ habe sich zu einem „Weltvolk“ entwickelt, weil es eingesehen habe, dass „über allen“ ein „Höheres“ walte: „heißt es Gott, heißt es Geist, die Vernunft der Weltentwicklung, oder wie immer. Das hat uns auf unseren Posten gestellt, den müssen wir kämpfend behaupten, oder fallen“ (Natorp 1918: 2). Nur das „deutsche Volk“ kämpfe für Freiheit und Vernunft; vorerst noch in nationalen Kategorien, aber in weiterer Folge auch über die nationalen Grenzen hinweg.

Um die These zu untermauern, dass Deutschland Vorreiter in der kulturellen Entwicklung sei, führte Natorp einen kulturellen Vergleich an. Sein Wissen über die indische

Philosophie hielt sich zwar in Grenzen, dennoch meinte er – basierend auf einem übersetzten Werk von Tagore – urteilen zu können, dass die „orientalische Gedankenwelt“, noch in einer Phase stecke, die mit dem „abendländischen Mittelalter“ zu vergleichen sei (Natorp 1918: 40). Zwar habe das indische Denken bereits einen Begriff vom Absoluten; dieser stecke aber noch im mythischen und vorkritischen Stadium der Vernunft. Wie im abendländischen Mittelalter werde das Absolute im indischen Denken nämlich noch sinnlich aufgefasst: „alles Leben, alle Seele“ atme „zuletzt einen Atem“ (Natorp 1918: 41). Damit urteilt Natorp, dass „der Jahrtausende alte Riß der Weltanschauung zwischen Ost und West“ zwar existiere, aber nicht „unüberbrückbar“ sei – eine Ansicht, die der englische, imperialistische Volksgeist nicht teile (Natorp 1918: 48).


Bis ins Zeitalter der Moderne behandelt Natorp in seiner historischen Abhandlung das abendländische Denken als ein einheitliches; in der Moderne angekommen, nimmt er nun die Gegenüberstellung Deutschland-England auf. Allgemein zeichne sich die Moderne durch einen „immer stärker“ werdenden „Drang der Befreiung“ aus (Natorp 1918: 101). Die Nationalitäten lässt Natorp zwar unerwähnt; zwischen den Zeilen wird aber deutlich, dass England im Kampf um den fortschrittlichsten Geist durch William Shakespeare (1564–1616) vertreten wird, während er Deutschland mit Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832) ins Rennen schickt. Damit argumentiert Natorp, dass es England verabsäumt habe, den letzten Schritt der Aufklärung – den Einstieg in den kritischen Idealismus – zu durchlaufen.

Zwar argumentiert er, dass Shakespeare der Renaissance voraus war, weil im Denken Shakespeares das „geschichtliche Bewusstsein“ aber fehle, meint Natorp, dass auch dieser letzten Endes im mittelalterlichen Denken verhaftet blieb (Natorp 1918: 105–106). Goethe hingegen erhält bei ihm eine unangefochtene, vorrangige Position. Wenn Natorp schreibt, dass „jedes Volk in sich“ sein „Verwüster“ sei, so mag es auf den ersten Blick so scheinen, als sei doch noch ein Funke der Selbstkritik in seiner Abhandlung zu finden (Natorp 1918: 125). Doch auch hiervon nimmt er Deutschland aus. Verwüstet sei die „friedliche Arbeit, die uns lieb, unser Heim, in dem uns wohl war, alles, was wir pflanzten und hegen“ durch das „unselige Baconsche ‚Königreich des Menschen‘“; den Naturalismus der Briten macht er für die problematische „Naturbeherrschung“ verantwortlich (Natorp 1918: 125–126).

V. KONKLUSION

Nicht zuletzt aufgrund dieser kultur-chauvinistischen Haltung gerieten die Marburger in der Geschichte linker Theorien in Vergessenheit. Cohen, der 1918 gestorben war, konnte nichts mehr dazu beitragen, die Fehler zu korrigieren und eine – für die Zeit geeignete – Theorie auszuarbeiten. Natorp versuchte zwar, mit dem Werk *Sozial-Idealismus* (1920) mit den Fehlern aufzuräumen, die sie in der Kriegszeit begangen hatten, doch auch dieser Versuch scheiterte.

Wenn später, in der Mitte des 20. Jahrhunderts, linke Theoretiker wie Max Horkheimer (1895–1973) und Ernst Bloch (1885–1997) den Marburger Neukantianismus kritisieren, dann ist es vor allem diese unkritische Einstellung gegenüber dem kulturellen Chauvinismus, den sie hierbei in den Blick nehmen. In einer Rede aus dem Jahre 1954 kritisierte Bloch nicht zu Unrecht, die Neukantianer hätten zu einer „Pervertierung Kants“ beigetragen, die dazu geführt habe, dass die „bürgerlich-revolutionären Auftriebe und Elemente“ ausgelöscht wurden (Bloch [1954] 1967: 351). Eine ebenso radikale Ablehnung der Schule lässt sich in Horkheimers Bestandsaufnahme der Sozialphilosophie im Jahre 1931 vermerken. Horkheimer kritisiert, dass – neben vielen anderen – auch von Cohen ein „Geltungs- und Sollensbereich“ verteidigt wurde, der zu einer problematischen übersinnlichen Begründung der Sozialphilosophie führte, die an der Realität vorbeiging (Horkheimer [1931] 2009: 26).

Trotz der fruchtbaren Zugänge zu Kant, die der Marburger Linkskantianismus erarbeitete, blieb die Schule damit als eine in Erinnerung, die dem kultur-imperialistischen Chauvinismus dieser Zeit verschrieben war. 

ELISABETH THERESIA WIDMER

ist Doktorandin und Universitätsassistentin am Institut für Philosophie an der Universität Wien. Sie erforscht die Anfänge und Entwicklungen des *Marburger Linkskantianismus* und ist Mitglied des BSA.

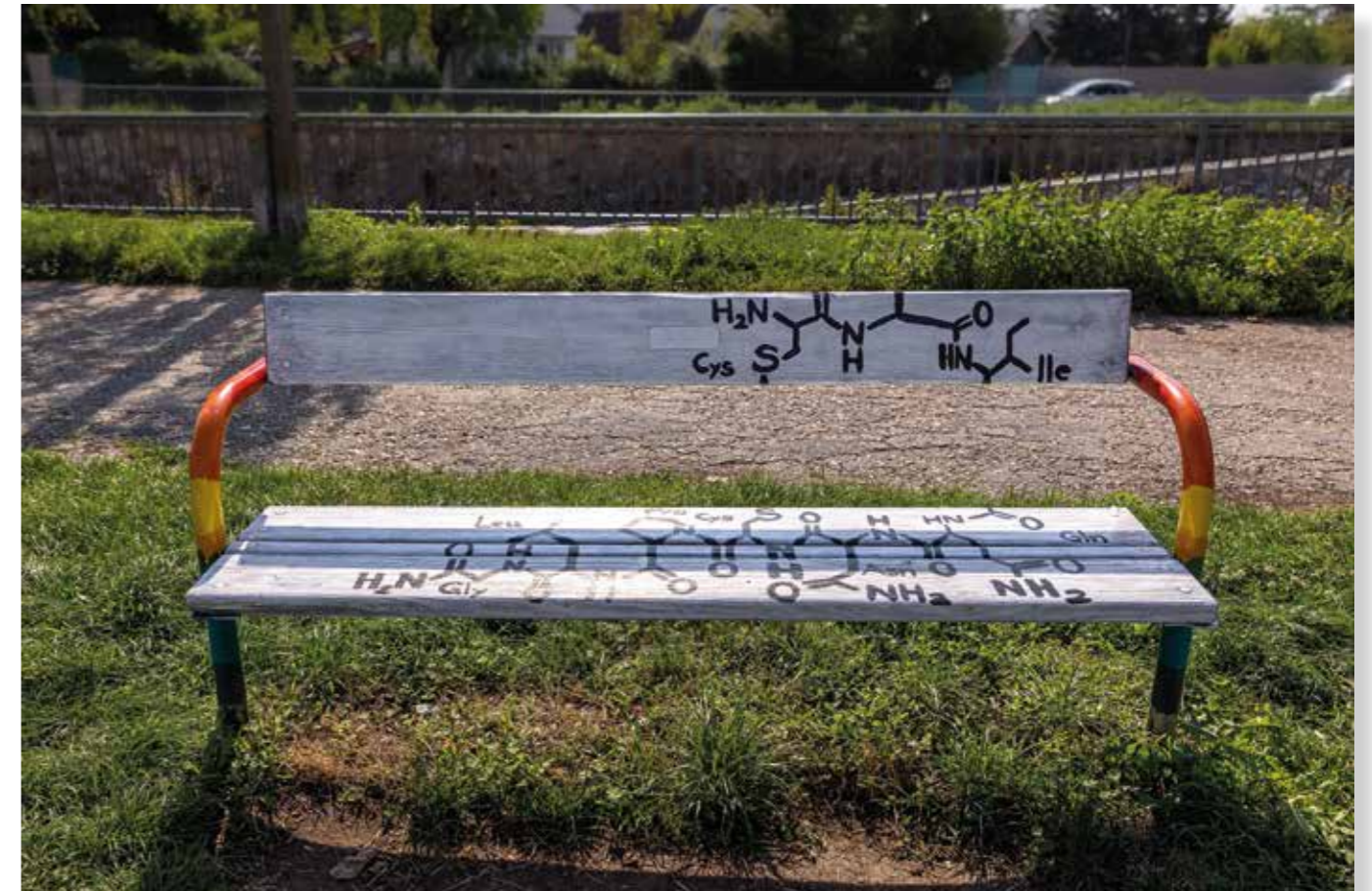
Literatur

- Bloch, Ernst (1974): „Zweierlei Kant-Gedenkjahre“, in: Kopper, Joachim/Malter, Rudolf (Hg.): Immanuel Kant zu Ehren, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cohen, Hermann (1981 [1904]): Die Ethik des reinen Willens, hg. v. Hermann-Cohen-Archiv am Philosophischen Seminar der Universität Zürich mit einer Einleitung von Steven S. Schwarzschild, 5. Aufl., Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms (=Werke Bd. 7).
- Cohen, Hermann (2001 [1876]): Kants Begründung der Ethik, hg. v. Hermann-Cohen-Archiv am Philosophischen Seminar der Universität Zürich mit einer Einleitung von Peter Müller und Peter A. Schmid, 3. Aufl., Hildesheim/Zürich/New York: Georg Olms (= Werke Bd. 2).
- Eckert, Georg (1968): Friedrich Albert Lange. Über Politik und Philosophie. Briefe und Leitartikel 1862 bis 1875, Duisburg: Walter Braun.
- Von Helmholtz, Hermann (1959): „Die Tatsachen in der Wahrnehmung“, Rede, gehalten zur Stiftungsfeier in der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin am 3. August 1878, in: Ders. (Hg.): Die Tatsachen in der Wahrnehmung; Zählen und Messen erkenntnistheoretisch betrachtet, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 9–74.
- Holzhey, Helmut (1986): Cohen und Natorp. Der Marburger Neukantianismus in Quellen, Band 2, Basel/Stuttgart: Schwabe&Co.
- Horkheimer, Max (2009): Gesammelte Schriften, Band 3: Schriften 1931–1936, hg. v. Alfred Schmid, Frankfurt am Main: Fischer.
- Kolakowski, Leszek (1988): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall. Übersetzung aus dem Polnischen von Friedrich Griese, 3. Aufl., München: Piper.
- Köhnke, Klaus C. (1986): Entstehung und Aufstieg des Neukantianismus. Die deutsche Universitätsphilosophie zwischen Idealismus und Positivismus, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lange, Friedrich A. (1870): Die Arbeiterfrage. Ihre Bedeutung für Gegenwart und Zukunft. 2. veränderte Aufl., Winterthur: von Beuler-Hausheer&Co.
- Lange, Friedrich A. (2015 [1866]): Geschichte des Materialismus und Kritik seiner Bedeutung in der Gegenwart. 2. veränderte Aufl., Berlin: Contumax GmbH.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (2017 [1848]): Das Kommunistische Manifest, Luxemburg: 1st Page Classics.
- Marx, Karl (1982 [1843/44]): Werke – Artikel – Entwürfe. März 1843 bis August 1844, hg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und vom Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Text mit Apparat, Berlin: Dietz (=MEGA 1. Abt. Bd. 2).

- Natorp, Paul (1918): Der Deutsche Weltberuf. Geschichtsphilosophische Richtlinien, Jena: Diederich.
- Natorp, Paul (1899): Sozialpädagogik. Theorie der Willenserziehung auf der Grundlage der Gemeinschaft, Stuttgart: Frommanns.
- Nipperdey, Thomas (2013 [1992]): Deutsche Geschichte 1866–1918. Band II. Machtstaat vor der Demokratie. Mit einem Nachwort von Paul Nolte, München: C. H. Beck.
- Retter, Hein (2007): „Friedrich Albert Lange als pädagogisch-politischer Denker“, in: Crotti, Claudia/Gonon, Philipp (Hg.): Pädagogik und Politik. Historische und aktuelle Perspektiven. Festschrift für Fritz Osterwalder, Bern: Haupt, 89–109.
- Sieg, Ulrich (1994): Aufstieg und Niedergang des Marburger Neukantianismus. Die Geschichte einer philosophischen Schulgemeinschaft, Würzburg: Königshausen und Neumann.
- Sieg, Ulrich (2013): Geist und Gewalt. Deutsche Philosophen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München: Carl Hanser.
- Stammler, Rudolf (1902): Die Lehre vom richtigen Rechte, Berlin: J. Gutentag.
- Stammler Rudolf (1896): Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung. Eine sozialphilosophische Untersuchung, Leipzig: Veit&Comp.
- Treitschke, Heinrich (1878): Der Socialismus und der Meuchelmord. Abdruck aus dem 41. Bande der Preußischen Jahrbücher, Berlin: Rierner.
- Windelband, Wilhelm (1924a): „Was ist Philosophie? Über den Begriff und Geschichte der Philosophie“, in: Ders. (Hg.): Präludien. Aufsätze und Reden zur Philosophie und ihrer Geschichte. Erster Band, 9. Aufl., Tübingen: Mohr (Paul Siebeck), 1–54.
- Windelband, Wilhelm (1924b): „Vom Prinzip der Moral“, in: Ders. (Hg.): Präludien. Aufsätze und Reden zur Philosophie und ihrer Geschichte. Zweiter Band, 9. Aufl., Tübingen: Mohr (Paul Siebeck), 161–194.



BenchMarking – Colours of Love
Bänke gestaltet von Karl Kilian, Ort: Donaukanal, 3. Bezirk, Höhe Durchgang Löwengasse



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Rica Fuentes Martinez, Ort: Liesingbach

Sozialdemokratie – Eine historische Mission ... ?

Der Beitrag von **ALESSANDRO BARBERI** versucht aus dem Blickwinkel progressiver Programmatik herauszuarbeiten, wie die ideologische Verwerfung von Austrokantianismus und Austromarxismus im Rahmen der letzten 30 Jahre die Sozialdemokratie von ihren historischen Erfolgen und damit auch von ihren Wähler*innen trennt ... Back to the Roots! Back to the Future!

I. EINLEITUNG

Die hier zusammengestellten Ideen, Erwägungen und Vorschläge werden zu einem Zeitpunkt ausformuliert, an dem von unterschiedlichen Seiten und mit mehr als sympathischen Bedenken eine tiefe ideologische Krise der Sozialdemokratie konstatiert wurde. Eine Krise, die im Sinne einer vielleicht letzten notwendigen Kritik weiterhin hervorzuheben bleibt (Barberi 2019a; 2019b). Denn noch die Aufrufe, sich – nicht zuletzt ob der Rückständigkeit und des gegenaufklärerischen Charakters des österreichischen Katholizismus – zwischen Tod und Wiederauferstehung (Scheiber 2019) der eigenen historischen Größe zu besinnen, sind in den letzten Jahren verhallt. Dies nicht zuletzt durch den permanenten Verweis auf realpolitische „Sachzwänge“ und vermeintliche Wahlkampfnotwendigkeiten, die einer gravierenden politischen Kapitulationserklärung entsprechen. So ist es nach über 30 Jahren mehr als auffällig, dass die Sozialdemokratie nach dem Fall der Mauer und dem Untergang der realsozialistischen Staaten mit dem harten Einschwenken auf den sog. Dritten Weg (Giddens 1999) ihre eigene ideologische Legitimität und außenpolitische Relevanz im Sinne des Internationalismus fast zur Gänze verloren hat.

Denn *erstens* waren ihre unnötigen Reaktionen auf den neoliberalen, neokonservativen, globalisierten bzw. digitalen Kapitalismus (Staab 2019) damit verbunden, die eigene Tradition des Kantianismus und/als Marxismus – z. B. von Victor Adler über Max Adler, Rosa Jochmann, Bruno Kreisky (Petritsch 2010) und Johanna Dohnal – buchstäblich zu Grabe zu tragen. *Zweitens* hat sie unter dem Ansturm des Rechtspopulismus aufgehört, die eigene Klientel und Stammwähler*innenschaft nicht nur auf nationaler, sondern

vor allem auf internationaler Ebene zu repräsentieren. Sie hat sich vielmehr mit ihren vermeintlichen Spitzenpolitiker*innen angesichts der „Globalisierung“ im Grunde aus ihrer einstigen Verankerung in der Arbeiter*innenbewegung verabschiedet. Insofern ist *drittens* auch ein Niedergang der sozialdemokratischen Außenpolitik zu vermerken, der zutiefst mit ihrer fast nicht mehr abwendbaren Krise identisch ist, da der zurückgeschraubte Blick auf die national(istisch)en Befindlichkeiten von der politischen Rechten seit jeher besser bedient wird. So stellt sich denn auch *viertens* und abschließend die Frage, welche Möglichkeiten überhaupt noch bestünden im Rückgriff auf die historische Mission der Sozialdemokratie mit Weg und Ziel in die Zukunft zu schreiten, um angesichts dieser real- und außenpolitischen Titanic u. a. durch den Wiederaufbau einer internation(alistisch)en Außenpolitik zu retten, was vielleicht noch gerettet werden könnte.

II. VON DER HISTORISCHEN UND IDEOLOGISCHEN GRÖSSE DER SOZIALDEMOKRATIE ZWISCHEN AUSTROKANTIANISMUS UND AUSTROMARXISMUS

Überblicken wir am Beginn des 21. Jahrhunderts und rund 30 Jahre nach dem Ende des „goldenen Zeitalters“ zwischen 1945 und 1989 (Hobsbawm 1999) die Rolle der Sozialdemokratie auch und vor allem im Sinne der Erfolge der *Sozialistischen Partei Österreichs*, so sind z. B. die immer wiederkehrenden Rekurse auf das *Rote Wien* ideologisch verwunderlich. Denn genau genommen stellen die *Wiener Gemeindebauten* den architektonischen Niederschlag des Austromarxismus dar, der – gerade angesichts des Gesamtwerks von Rudolf Hilferding (2000) oder Max Adler (1922) – im Vergleich zu anderen Marxismen auch als Austrokantianis-

mus bezeichnet werden kann. Die intellektuelle Größe der 1920er-Jahre, die auch als Endmoräne großer Anstrengungen der Arbeiter*innenbildungsvereine seit dem 19. Jahrhundert zu verstehen ist, markiert dabei einen theoretischen und praktischen Bestand, der nach wie vor zur Aktualisierung drängt.

Dabei war die österreichische Arbeiter*innenbewegung zutiefst mit anderen Ländern verbunden und mithin dem Internationalismus zwischen Weltbürger*innen (Kant) und Weltproletarier*innen (Marx) auf allen Ebenen verpflichtet. Insofern ist die systematische Distanzierung und bewusste Infragestellung von Marx und dem Marxismus (Hobsbawm 2012), die seit geraumer Zeit auch in den Reihen der Sozialdemokrat*innen grassieren, sogar angesichts des sog. Neoliberalismus sehr bedenklich. Denn damit wird auch der spezifisch österreichische Anteil des Kantianismus in der sozialistischen Geschichte der Sozialdemokratie gezielt unter Beschuss genommen. Dadurch werden indes mit der Negation des (proletarischen) Sozialismus (Honneth 2015) auch die Vorzüge des (bürgerlichen) Liberalismus (Habermas 1990) ideologisch *ad acta* gelegt. Dass damit auch jede legitime Demokratievorstellung verneint wird, scheint niemanden zu stören. Vielmehr kann vermerkt werden, dass der diesbezügliche theoretische und intellektuelle Niedergang der Sozialdemokratie mit dem Aufstieg einer (kleinbürgerlichen) Parteienomenklatura und der damit verbundenen Distanzierung der proletarischen Wähler*innen identisch ist. Dies hat sich nicht zuletzt in der Diskussion von Didier Eribons *Rückkehr nach Reims* (Eribon 2016) mehrfach gezeigt, da die in diesem Sinne „aufgestiegenen“ Sozialdemokrat*innen *habituell* (Krais/Gehbauer 2002) nur so tun können, als wären sie Teil der Bourgeoisie oder Aristokratie. Die Arbeiter*innen fühlen sich demgemäß nicht repräsentiert, weil sie eben auch *nicht* von den gewählten Repräsentant*innen repräsentiert werden.

Deswegen werden sie für Rechtspopulist*innen anfällig, die ihnen zumindest an der Oberfläche demokratiepolitisch und verfassungsrechtlich das Wort erteilen, ohne ihre Interessen auch nur irgendwie zu vertreten, ganz im Gegenteil. Die Spitzenfunktionär*innen der Sozialdemokratie repräsentieren sich – wie die gesamte politische Klasse Österreichs – vor allem selbst und behindern damit auf allen Ebenen die konzertierte Schlagkraft der Arbeiter*innenbewegung. Eine Bewegung, die auf funktionierende Gewerkschaften genauso angewiesen wäre, wie auf eine ideologisch und programmatisch kantig aufgestellte Partei und zumindest sympathisierende Kopfarbeiter*innen. Denn in einer solchen kampfberei-

ten internationalen Kooperation progressiver Kräfte bestand u. a. die historische und ideologische Größe der Sozialistischen Partei zwischen Neukantianismus und/als Austromarxismus, was gerade angesichts einer mehr als mangelhaften Außenpolitik wieder eingehend diskutiert werden müsste.

III. VOM INTERNATIONALISMUS ALS GEGENGIFT ZUM RECHTSPOPULISMUS

Mit den Polemiken und ethischen Grenzüberschreitungen des verfassungsrechtlich an der *Universität Wien* promovierten Mannes aus dem Bärenthal hat sich im Rahmen der letzten 35 Jahre – wir denken an 1986, das dunkelste Jahr der österreichischen Zeitgeschichte der Zweiten Republik, also an die Causa Waldheim (Beckermann 2018) und die FPÖ nach Norbert Steger – darüber hinaus der Deutschnationalismus hinter einem österreichischen Nationalismus verborgen. Schlussendlich wurde aber die illegale Kornblume der Nationalsozialist*innen wieder sehr sichtbar und in aller Öffentlichkeit in ein von Neo- und Austrofaschist*innen übernommenes Parlament getragen (vgl. nach wie vor Tólos/Neugebauer 2014). Dabei wurden sukzessive die konsensualen Bereiche der *Zweiten Republik* auf die Dritte (Haider 1993) vorbereitet und nicht zuletzt durch Rhetoriken der *Neuro-Linguistischen Programmierung* (NLP) auch in eben dieser Öffentlichkeit (und den bürgerlichen Salons) verankert. Genau dadurch wurden in einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft die strikt individuellen Freiheiten im Sinne des Neoliberalismus zu einer neuen Regierungsmentalität (Foucault 2006), auf welche die Sozialdemokratie gerade nicht mit *Internationalismus* reagierte, sondern sich im Gegenteil in eben diesen partikularistischen Nationalismus treiben ließ.

Zwischen lokal-, kommunal- und bundespolitischen Konstellationen (und Befindlichkeiten) wurde der Internationalismus durch tatkräftige Mithilfe und wider besseres Wissen so zu Grabe getragen wie die oben erwähnten ideologischen und programmatischen Bestände aus den erfolgreichsten Zeiten der SPÖ. Denn in der *Sozialistischen Partei Österreichs* galt der Internationalismus seit dem 19. Jahrhundert im Sinne von Kooperation, Solidarität und verbindender Zusammenarbeit (Sennet 2012) als ein entscheidendes Gegengift für grassierende Chauvinismen, Rassismen und Nationalismen, die im 20. Jahrhundert mit den beiden Weltkriegen zum grauenhaftesten Menschheitsverbrechen, dessen wir uns erinnern können, der *Shoah*, führten. Eingedenk dessen wäre ein – auch an den Standards einer sozialen und demokratischen Nationalismusforschung orientierter – *Inter-Nationalismus* angesichts der ka-

pitalistischen Globalisierung von digitalen Finanzmärkten gerade aus weltbürgerlicher Sicht nach wie vor unabdingbar. Angesichts der sukzessiven Delegitimierung der *United Nations* (UNO) stellt er die einzige Möglichkeit dar, den Globus durch tatkräftige Außenpolitik wieder zu demokratisieren, nachdem sich heute durchaus die Frage stellt, ob wir es noch mit Neo-Liberalismus zu tun haben oder nicht viel mehr mit Neofeudalismus und Neokolonialismus, also den übelsten Formen des Kapitalismus, dessen Krisenanfälligkeit aktuell wieder deutlich und regelmäßig vor Augen steht. Denken wir dabei nur an das Platzen der Dotcom-Blase 2000, die Finanzkrise 2007/2008 und die aktuelle Corona-Krise 2020. Deutlich wird in diesem Zusammenhang, dass *diese* Globalisierung nichts anders ist als die erneut erstarkende Brutalität des Spätkapitalismus (Ditfurth 2009; Streeck 2013).

Dabei ist es notwendig, dass auch in der Lokalpolitik die Werte der Demokratie zumindest theoretisch im Sinne unserer Bundesverfassung für alle Bürger*innen verbindlich gemacht werden. Welche Schwierigkeiten indes damit verbunden sind, zeigen alle schlussendlich brutal bekämpften Versuche, die deregulierte Ökonomie in staatlicher Hand zu halten und damit die vermeintliche Freiheit der Märkte im Sinne eines Sozial- und Wohlfahrtsstaates (Bourdieu 2014) zu regulieren. Insofern muss gerade außenpolitisch im Rückgriff auf die Idee des Sozialismus eine sozialistische als internationalistische Strategie (Laclau/Mouffe 2014) im Sinne Antonio Gramscis wieder hegemonial werden. Daher empfehlen sich auf allen Ebenen der Politik auch (vorsichtige) Formen des – sozial und demokratisch abgesicherten – Linkspopulismus (Mouffe 2014), um lokal, national, kontinental und global der stagnierenden Außenpolitik auf die partizipatorischen und volkssouveränen (Maus 2011) Sprünge zu helfen.

IV. VON DER ABWESENHEIT DER AUSSENPOLITIK ANGESICHTS DES DIGITALEN KAPITALISMUS

Insofern gibt der Titel des soeben erschienenen Sammelbandes *Sozialdemokratische Außenpolitik – Historisches Selbstverständnis und aktuelle Ausblicke* (Müller/Weinstabl 2021), in dem auch der vorliegende Beitrag publiziert wurde, vermeintlich alte als neue Antworten zu denken. Denn die Kapital- und d. h. Machtkonzentration globaler Konzerne (z. B. *Amazon*, *Google*, *Facebook*, *Apple*, *Microsoft*, *Alibaba* oder *Tencent*) führt in fast klassischer Form zur Eigentumsfrage, die aus sozialdemokratischer Sicht zumindest durchgängig mit harter Umverteilung beantwortet werden müsste. Es sollte aber in dieser Causa auch gedacht werden können, dass tatsächlich nur eine (wenn

auch weit ausstehende) Revolution helfen könnte, wären doch die modernen Demokratien ohne die englische, amerikanische, französische sowie russische Revolution und ihre (demokratischen) Errungenschaften schon verfassungsmäßig schier unmöglich. Werden wir also den Kapitalismus jemals ohne Gewalt abschaffen (und hier ist demokratisch geteilte Gewalt gemeint)? Da die Gewalt der sog. Globalisierung nichts anderes ist als ein „internationaler“ digitaler Kapitalismus, wäre deshalb auf allen Ebenen der politischen Zuständigkeit die Gleichheit aller Menschen zu fordern, sei es *juristische* – das Weltbürgertum Kants auch bei Hans Kelsen (1981) – sei es *sozioökonomische* – das Weltproletariat Marxens auch bei Max Adler (1922) – *Gleichheit*.

Dass Außenpolitik in diesem Zusammenhang – wie alle anderen Bereiche der Politik – am Gängelband wirtschaftsdiktatorischer Imperative und Interessen hängt und sich eben nicht *frei* spielen kann, bindet sozialdemokratische Politik bei aller praktischen Infragestellung zu einer strengen theoretischen Haltung hinsichtlich des Internationalismus als Innen- und Außenpolitik. Freilich mag es angesichts der Reste „nationalstaatlich“ vorhandener Sozialstaaten manchen plausibel erscheinen, die globalen und internationalen Verhältnisse zur Seite zu schieben und die Abwesenheit der Außenpolitik auch noch durch ihre deutlich national(istisch)e Delegitimierung abzusegnen. Dies führt indes – etwa angesichts der internationalen Flüchtlingsproblematik – nur zu einer Verschiebung des Problems, sei es *erstens* hinsichtlich der damit auftauchenden Ununterscheidbarkeit von Rechts- und Linkspopulismus oder sei es *zweitens* angesichts der Tatsache, dass aus dem Blick gedrängt wird, wie stark der kapitalistische „Westen“ eine devastierende und kriegsgeile globale Wirkung im neuen Klassenkampf hat (Žižek 2015). Deshalb sollte parallel zu den lokalen (z. B. Bezirksvertretungen), nationalen (z. B. Nationalrat) und kontinentalen (z. B. *Europäischer Rat* und *Europäisches Parlament*) Politiken auch auf globaler Ebene (und im Sinne der ursprünglichen Form der *Vereinten Nationen*) ein globaler Sozial- und Wohlfahrtsstaat gerade von Sozialdemokrat*innen gehalten und gefordert werden. Denn dafür gab und gibt es die Sozialdemokratie schlussendlich!

Dabei ist auch zu vermerken, dass die Phänomene der Digitalisierung, Automatisierung und Mediatisierung seitens der Sozialdemokratie des Dritten Weges gravierend unterschätzt wurden. Historisch betrachtet hätte zumindest angesichts der dritten (Computer) und vierten (Netzwerke) industriellen Revolution gerade eine einseitige Arbeiter*innenpartei auch souve-

rän auf die Veränderungen der (post-)industriellen Arbeitsprozesse reagieren müssen, was indes nie geschah und jetzt eher schleppend nachgeholt werden soll. Wo hätte der (digitale) „Maschinensturm“ im Rahmen der Sozialdemokratie stattgefunden? In Wahrheit lief sie diesen bemerkenswerten Entwicklungen und großen Transformationen der *Informations- und Kommunikationstechnologien* (IKT) planlos hinterher, obwohl gerade Technologien als Produktionsbedingungen historisch von den Praktiker*innen (d. h. Handarbeiter*innen) der Bewegung gestaltet und genutzt sowie von den Theoretiker*innen (d. h. Kopfarbeiter*innen) analysiert und verstanden wurden.

Das Problemfeld des „Digitalen Kapitalismus“ wurde mithin nicht einmal gebührend wahrgenommen, weshalb es utopisch zu sein scheint, eine *Sozialdemokratie 4.0* zu fordern, die sich auch ihrer eigenen technologischen (Medien-)Kompetenz(en) entsinnt. Angesichts der Digitalisierung wäre es aber notwendig, in analoger und digitaler Form Widerstand gegen die wiedererstarkenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsformen zu planen und umzusetzen. Dies gerade im Sinne des Kommunitären und Gemeinsamen von *Creative Commons* über Gemeinwohl und/als *Common Wealth* (Hardt/Negri 2010) bis hin zu einer Aktualisierung der Diskussionen zum *Kommunitarismus* (Vogl 1994).



SOZIALDEMOKRATISCHE AUSSENPOLITIK
HG. VON BERNHARD MÜLLER
UND CONSTANTIN WEINSTABL
 Wien: Promedia
 360 Seiten | € 23,00
 ISBN: 978-3853714843
 Erscheinungstermin: August 2021
 ISBN 978-3-99065-044-8

V. CONCLUSIO: VON DER HISTORISCHEN MISSION DER SOZIALDEMOKRATIE

Bedenken wir mithin, dass die Negation des Kantianismus und/als Marxismus in den zu aktualisierenden Traditionsbeständen der österreichischen Sozialdemokratie nicht nur skandalös, sondern buchstäblich *fatal* ist, so wird deutlich, warum auch in Österreich die Linke fehlt (Losurdo 2017). Sie fehlt, weil sie durch interne Widersprüche zersplittert ist, den Internationalismus abgelegt hat, die progressiven Kräfte sich nicht einigen können und auch die Rechten in der SPÖ linke Allianzen auf das Übelste bekämpfen. Letzteres führt *à la lettre* dazu, den Rechtspopulismus als Rechtsradikalismus zu schützen. Dies aus einem mehr als kurzfristigen Grund: es müssen etwaige Koalitionen mit Austro- und Neofaschist*innen aus realpolitischem Kalkül in Kauf genommen werden, um eine angeblich notwendige Regierungsbeteiligung nicht zu gefährden. Diese Strategie führt aber direkt in den politischen Tod und sicher nicht zur Wiederauferstehung. Dies vor allem im Bereich der (im Grunde nicht mehr existenten) Außenpolitik.

Dass die Sozialdemokratie dahingehend auf allen analytischen Ebenen des politischen Spiels versagt hat, um die Arena der politischen Rechten zu überlassen, müsste möglichst rasch zu einer grundlegenden Änderung der Strategie, der Ideologie und der Programmatik führen, um zumindest in die Nähe der Bedürfnisse und Anliegen der „einfachen Leute“ (Misik 2019) zu kommen. Insofern wäre auch angesichts der heutigen (digitalen) Medientechnologien, die gegenwärtig die Produktionsbedingungen unserer Gesellschaft(en) darstellen, ein progressiver Rückgriff auf die besten Bestände der österreichischen Arbeiter*innenbewegung die einzige Möglichkeit der historischen Mission der Sozialdemokratie auch im Rahmen einer *international(istisch)en* Außenpolitik gerecht zu werden.

Die österreichische Sozialdemokratie hatte und hätte nach dem hier Diskutierten also ein progressives und deutlich linkes *mission statement* ... Back to the roots! Back to the future!

Dieser Beitrag erscheint in gedruckter Form gleichzeitig in: Müller, Bernhard/Weinstabl, Constantin (Hg.) (2021): *Sozialdemokratische Außenpolitik. Historisches Selbstverständnis und aktuelle Ausblicke*, Wien: Promedia.

ALESSANDRO BARBERI

ist Chefredakteur der ZUKUNFT, Bildungswissenschaftler, Medienpädagoge und Privatdozent. Er lebt und arbeitet in Magdeburg und Wien. Politisch ist er in der SPÖ Landstraße aktiv. Weitere Infos und Texte online unter: <https://lpm.medienbildung.ovgu.de/team/barberi/>

Literatur

- Adler, Max (1922): Die Staatsauffassung des Marxismus. Ein Beitrag zur Unterscheidung von soziologischer und juristischer Methode, Wien: Wiener Volksbuchhandlung.
- Barberi, Alessandro (Hg.) (2019): ZUKUNFT 07/2019 – Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur: Hat Österreich eine ZUKUNFT? I, Wien: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, online unter: <https://tinyurl.com/a4k2ss> (letzter Zugriff: 08.10.2020).
- Barberi, Alessandro (Hg.) (2019): ZUKUNFT 08/2019 – Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur: Hat Österreich eine ZUKUNFT? II – Die letzte Kritik, Wien: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, online unter: <https://tinyurl.com/47jrh7z8> (letzter Zugriff: 08.10.2020).
- Beckermann, Ruth (2018): Waldheims Walzer, Dokumentarfilm (AUT), Ruth Beckermann Produktion.
- Bourdieu, Pierre (2014): Über den Staat, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ditfurth, Jutta (2009): Zeit des Zorns. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, München: Droemer.
- Eribon, Didier (2016d): Rückkehr nach Reims, Berlin: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2006): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I: Vorlesung am Collège de France, 1977–1978, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Edition zweite Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit: Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Haider, Jörg (1993): Die Freiheit, die ich meine. Das Ende des Proporzstaates. Plädoyer für die Dritte Republik, Frankfurt am Main: Ullstein.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2010): Common Wealth. Das Ende des Eigentums, Frankfurt am Main: Campus.
- Hilferding, Rudolf (2000): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Düsseldorf: Verl. Wirtschaft und Finanzen.
- Hobsbawm, Eric J. (1999): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München: dtv.
- Hobsbawm, Eric J. (2012): Wie man die Welt verändert. Über Marx und den Marxismus, München: Hanser.
- Honneth, Axel (2015): Die Idee des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung, Berlin: Suhrkamp.
- Krais, Beate/Gebauer, Gunter (2002): Habitus, Bielefeld: transcript.
- Kelsen, Hans (1981): Vom Wesen und Wert der Demokratie, Tübingen: Scientia.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2014) Hegemony & Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics, London: Verso.
- Losurdo, Domenico (2017): Warum die Linke fehlt ... Gesellschaft des Spektakels – Krise – Krieg, Köln: PapyRossa.
- Maus, Ingeborg (2011): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Berlin: Suhrkamp.
- Misik, Robert (2019): Die falschen Freunde der einfachen Leute, Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal (2014): „Linkspopulismus ist die Alternative“ (Interview), online unter: <http://www.taz.de/!5049599/> (letzter Zugriff: 08.10.2020).
- Müller, Bernhard/Weinstabl, Constantin (Hg.) (2021): Sozialdemokratische Außenpolitik. Historisches Selbstverständnis und aktuelle Ausblicke, Wien: Promedia.
- Petritsch, Wolfgang (2010): Bruno Kreisky. Die Biografie, Wien: Residenz.
- Scheiber, Oliver (2019): Sozialdemokratie: Letzter Aufruf! Der Weg in den Tod: 10 Vorschläge / Der Weg zur Auferstehung: 10 Vorschläge, Wien: bahoe.
- Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hg.) (2014): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur. 1933–1938, Wien: LIT.
- Staab, Philipp (2019): Digitaler Kapitalismus. Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit. Berlin: Suhrkamp.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin: Suhrkamp.
- Vogl, Joseph (Hg.) (1994): Gemeinschaften. Positionen zu einer Philosophie des Politischen, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Žižek, Slavoj (2015): Der neue Klassenkampf. Die wahren Gründe für Flucht und Terror, Ullstein Streitschrift, Berlin: Ullstein.



BenchMarking – Colours of Love

Bank gestaltet von einer Teilnehmerin des Projekts, Ort: Donaukanal 3. Bezirk

Hardware – Hintergründe zum Gerätekauf an Bildungsinstitutionen

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung unter anderem an Bildungsinstitutionen beschäftigt sich **PETER PAWLICKI** in seinem Text zu den Hintergründen des Gerätekaufs mit den vielfältigen Aspekten der derzeitigen und zukünftig gewünschten Arbeitsbedingungen in der Fertigung digitaler Endgeräte. Ein Beitrag der zum Nachdenken anregt und uns alle etwas angeht.

I. PROBLEMAUFRISS: ARBEITSVERHÄLTNISSE IN DER ELEKTRONIKINDUSTRIE

Die harschen Arbeitsbedingungen in der Elektronikindustrie sind spätestens seit den Selbstmorden beim Zulieferer *Foxconn* bekannt. Die Organisation der Industrie erschweren jedoch Berichte über die Zustände – die nun allseits bekannten Lieferketten, sind zu komplex, zu lang und zu global, als dass sie Nutzer*innen einfach nachvollziehen könnten. Ähnlich der Textil- und Nahrungsmittelindustrie gibt es auch im Elektroniksektor freiwillige, industriegeführte Mechanismen der Kontrolle, deren Auswirkungen aber, wiederum ähnlich wie in anderen Sektoren, begrenzt sind. In den letzten Jahren ist die öffentliche Beschaffung immer stärker in den Fokus gerückt, wenn es darum geht verbindlich soziale Standards in der Elektronikindustrie durchzusetzen.

Die Elektronikindustrie ist ein sehr junger Wirtschaftssektor, der seit seinem Bestehen Mitte des letzten Jahrhunderts nicht nur ein explosives Wachstum erlebt und eine zentrale Bedeutung in der globalen Ökonomie und dem modernen Leben errungen, sondern auch viele Industrieentwicklungen vorweggenommen hat. In den 1950er-Jahren fing die Elektronikindustrie an als Lieferantin für moderne Waffensysteme der us-amerikanischen Militär- und Luftfahrtindustrie rapide zu wachsen. Sie siedelte damals insbesondere im kalifornischen Santa Clara County an, welches später als Silicon Valley berühmt werden sollte.

II. AUFSTIEG UND PRODUKTIONSWEGE

Bereits Mitte der 1960er-Jahre fiel der Startschuss für die Entwicklung globaler Produktionsnetzwerke. *Fairchild*, ein Chiphersteller und der Ursprung vieler späterer weltbekanntere Start-ups wie z. B. *Intel*, eröffnete 1964 seine erste Fabrik in Hong Kong. 1966 beschäftigte das Unternehmen schon rund 5000 Menschen in diesem Werk, während es im Ursprungsland nur 3000 waren. Zur damaligen Zeit beruhte die Herstellung von Halbleitern noch stark auf Handarbeit und im Betrieb in Hong Kong konnte *Fairchild* von den sehr niedrigen Löhnen profitieren. Der Erfolg dieser Idee sprach sich in Kalifornien schnell herum, so dass andere Komponentenfirmen anfangen ihre Herstellung auf die sogenannte Offshorefertigung umzustellen. *Intel* eröffnete sein erstes Werk 1972 in Malaysia und 1972 in den Philippinen. Europäische Unternehmen standen dem nicht nach, so eröffnete *Siemens* – seit der Ausgründung firmiert die Halbleitersparte als Infineon – ein Halbleiterwerk in Malakka in Malaysia bereits 1973.

Die internationale Arbeitsteilung war damals noch übersichtlich. Einfache Fertigungsschritte wurden in Billiglohnländer verlagert, während die anspruchsvollen Arbeitsschritte sowie die Produktentwicklung in den Heimatländern der Unternehmen blieben. Spätestens seit den 1990er-Jahren ist die Arbeitsteilung zunehmend komplexer geworden. Einerseits ist es möglich geworden, komplexere Fertigung zu verlagern, da sich auch Kompetenzen vor Ort zunehmend entwickelt haben. Mit dem schrittweisen Aufstieg asiatischer

Hersteller*innen und Markenfirmen – zuerst in Japan, dann Südkorea und Taiwan und seit spätestens Mitte der 2000er-Jahre China – findet Technologie- und Produktentwicklung zunehmend in der Region statt. Seit dem Zerfall des Ostblocks sind die Länder Mittel- und Osteuropas – besonders Ungarn, Tschechien und Polen – als Niedriglohnfertigungsstandorte in die Produktionsnetzwerke der Elektronikindustrie integriert worden. Für die Versorgung des nordamerikanischen Marktes wurden Fertigungsstandorte in Mexiko und Brasilien aufgebaut.

III. DAS SYSTEM DER KONTRAKTFERTIGUNG

Parallel zur Entwicklung der internationalen Arbeitsteilung veränderte sich die Industrieorganisation zunehmend. Bis in die 1970er-Jahre waren Elektronikunternehmen wie *IBM* vertikal integriert und haben noch alle Komponenten ihrer Produkte selbst entwickelt und hergestellt – von den Speicherbausteinen über die Leiterplatten und Monitore bis hin zur Systementwicklung sowie der Bereitstellung des Betriebssystems und der Applikationssoftware. Alles aus einer Hand und alles auf Grundlage proprietärer Standards. So konnte man die Kund*innen an sich binden sowie die Konkurrenz ausschließen. Mit der Gründung von Unternehmen wie *Intel* und *Microsoft* wurden aber immer mehr die einzelnen Komponenten der elektronischen Systeme von horizontal spezialisierten Firmen auf Grundlage halb-offener Standards entwickelt, hergestellt und auf dem offenen Markt zur Verfügung gestellt. Der 1981 von *IBM* vorgestellte PC etablierte die Idee eines auf hochstandardisierten Komponenten verschiedener Lieferanten beruhenden Systems endgültig.

Der hohe Standardisierungsgrad erlaubte es *IBM* Teile der Fertigung zentraler Komponenten wie des Motherboards und später auch der Endfertigung an spezialisierte Auftragshersteller*innen auszulagern. Mit der Entstehung der Elektronikvertragfertiger wurde eine Entwicklung losgetreten, die sich bis heute auf fast jeder Stufe der Produktionsnetzwerke in der Elektronikindustrie fortsetzt, aber auch in den meisten anderen globalen Industriezweigen zu beobachten ist.

Die Kontraktfertiger entwickelten ihr Geschäftsmodell über die letzten drei Jahrzehnte immer weiter. Im Zuge dessen entstanden gigantische Unternehmen wie *Foxconn*, *Flextronics*, *Quanta*, *Inventec*, *Pegatron*, *Jabil* oder *Celestica*, die Produkte herstellen, die wir täglich nutzen, von deren Herstellern die meisten aber noch nichts gehört haben. Marken-

firmen wie *Apple*, *Cisco*, *Dell*, *HP*, *Huawei*, *Lenovo*, *Samsung*, *Sony* oder *Xiaomi* haben entweder keine oder nur noch wenig eigene Fertigung. Aus Perspektive der Finanzmärkte ist eine solche Auslagerung sehr vorteilhaft, da dadurch kapitalintensive und kostentreibende Teile des Produktionsprozesses abgestoßen werden.

IV. STANDARDISIERUNG IN HIERARCHISCHEN PRODUKTIONSNETZWERKEN

Der Begriff der Lieferkette sollte im Lichte der hohen Standardisierung der Komponenten und Prozesse nur vorsichtig eingesetzt werden. Lieferketten implizieren die Vorstellung klar getrennter Produktionsprozesse. Dabei enthalten die von uns genutzten elektronischen Systeme sehr oft dieselben Komponenten oder Komponenten von denselben Hersteller*innen und oft wurde die Endfertigung von denselben Hersteller*innen, zum Teil sogar an denselben Standorten, durchgeführt. Das Bild von Produktionsnetzwerken im globalen Maßstab ist der Realität näher.

Die Produktionsnetzwerke der Elektronikindustrie sind stark hierarchisiert. Die Standardisierung erlaubt Markenfirmen schnelle Wechsel zwischen den Anbieter*innen von Komponenten und Fertigungsdienstleistungen. Zusätzlich werden Second Sourcing-Strategien genutzt, um die Konkurrenz zwischen Anbieter*innen zu erhöhen und sich gegen Risiken abzusichern. Durch Second Sourcing sichern sich die Markenfirmen auch Komponenten aus zwei Quellen und können so einerseits Risiken vorbauen, so z. B. durch gestörte Lieferketten, die durch einen Taifun verursacht wurden. Die gesamte Situation erlaubt ihnen aber auch die beiden Anbieter*innen der Komponente preislich gegeneinander auszuspielen. Die Produktentwicklung und somit die Entscheidung was, wie und wann hergestellt wird, liegt in den Händen der Markenfirmen und ist, zusammengenommen mit dem Produktmarketing, die Quelle hoher Profitmargen. Markenfirmen wie *Apple* können Margen von über 30 % verwirklichen, andere weniger erfolgreiche Markenfirmen liegen dennoch bei über 15 %. Bei Kontraktfertiger wie *Foxconn* oder *Flextronics* liegen die Margen weit drunter, oft bei 2–3 %.

V. KEIN RAUM FÜR ARBEITSRECHT IN DER ELEKTRONIKPRODUKTION

Als junger Wirtschaftssektor hat die Elektronikindustrie zwar schon viele Arbeitskämpfe gesehen, darf sich aber, aus Managementperspektive, eines niedrigen Organisationsgrades rühmen. Im Laufe der Jahre haben Industrievertreter*innen

immer wieder öffentlich erklärt, dass die Elektronikindustrie im Silicon Valley nur überleben kann, wenn sie gewerkschaftsfrei bleibt. Auslagerung und Verlagerungen ins Ausland hatten oft auch den Zweck die Betriebe frei von Gewerkschaften zu halten. In vielen Ländern, die einen exportorientierten nachholenden Entwicklungspfad einschlugen, haben Regierungen durch den Aufbau von Exportverarbeitungszonen, in denen zentrale Arbeitsrechte und so auch das Recht auf Gewerkschaften aufgehoben sind, diese Entwicklung unterstützt.

Seit ihren ersten Jahren im Silicon Valley beruht der wirtschaftliche Erfolg der Elektronikindustrie auch auf migrantisches Arbeiter*innen. So konnten die Lohnniveaus weiter gedrückt werden, gewerkschaftliche Organisation erschwert und Arbeits- und Gesundheitsschutzbestimmungen einfacher umgangen werden. Der Einsatz von Wanderarbeiter*innen setzt sich bis heute fort. In den 1990er-Jahren wurden diese in Halbleiterwerken von Siemens in Malaysia eingesetzt. Anfang der 2000er-Jahre arbeiteten Ukrainer*innen bei Kontraktfertigern in Ostungarn. Das chinesische „Wirtschaftswunder“ ist zu einem großen Teil auf dem Rücken der inländischen Wanderarbeiter*innen gebaut, so auch die dominante Stellung chinesischer Fertigungswerke in der Elektronikindustrie. Seit Jahren wird insbesondere aus Malaysia regelmäßig über Zwangsarbeit in der Elektronikindustrie und anderen Wirtschaftszweigen berichtet, die hier fast immer mit Wanderarbeiterinnen und -arbeitern verbunden ist. Sie gehören zu den verletzlichsten Beschäftigtengruppen. Hier nur einige Maßnahmen der Zwangsarbeit in der Elektronikindustrie:

- Die Abnahme von Pässen und anderen Papieren, die die Abreise unmöglich macht.
- Anwerbegebühren, die so hoch sind, dass sie bei den herrschenden, extrem niedrigen Lohnniveaus zu Schuldknechtschaft führen.
- Zwang von Studierenden zu Praktika, die mit ihren Studieneinhalten nichts zu tun haben.
- Verweigerung der Ausstellung von Papieren, die es den Arbeiter*innen erlauben würde, ihren Arbeitsplatz selbst zu wählen und den Betrieb zu verlassen.

VI. CHEMISCHE BELASTUNGEN

Die Elektronikindustrie wird oft im Gegensatz zu den alten Industrien als innovativ und sauber beschrieben. Jedoch dürfte der Anteil an Arbeiter*innen die vergiftet und verätzt werden, langfristige Erkrankungen wie Krebs oder Unfruchtbarkeit erleiden oder ihre Kinder mit Geburtsfehlern zur Welt bringen, in diesem Sektor nicht geringer sein als in anderen.

Im Kern ist die Elektronikindustrie eine chemische Industrie. Um die Komponenten herzustellen, kommt eine breite Palette an Chemikalien zum Einsatz, viele davon gehören zu den Toxischsten, die Menschen entwickelt haben. Jahrzehnte lang wurden diese Chemikalien in Halbleiterwerken eingesetzt, ohne die Arbeiter*innen aufzuklären, welche Gesundheitsschäden sie riskieren und auch ohne ihnen die entsprechende Schutzausrüstung zur Verfügung zu stellen. Bereits in den 1980er-Jahren wurden die ersten Berichte in den USA publik, die extrem erhöhte Krebsraten unter den Beschäftigten beschrieben. Es dauerte Jahre, bis die Unternehmen die Probleme eingestanden und etwas dagegen unternahmen. Viele der Arbeiter*innen kämpfen bis heute um Entschädigungen. Das Silicon Valley ist durchzogen von sog. *superfund sites*, hochgradig verseuchten Arealen auf denen sich früher Elektronikwerke befanden. In Südkorea hat die Organisation *Supporters for the Health And Rights of People in the Semiconductor Industry* mehr als ein Jahrzehnt gekämpft, damit Samsung, der weltweit zweitgrößte Halbleiterhersteller, zur Verantwortung gezogen wird für die gesundheitlichen Schäden, die Arbeiter*innen in den Halbleiterwerken des Unternehmens erlitten haben. Auch in der Fertigung sind die Arbeitenden hochgradig gefährdet.

VII. UNZUREICHENDE ENTWICKLUNGEN

Wie heutzutage üblich, hat sich die Elektronikindustrie selbst dazu verpflichtet, mit den in ihren Produktionsnetzwerken bestehenden menschenrechtlichen Problemen und den größten Verstößen gegen das lokal herrschende Arbeitsrecht aufzuräumen. Dazu wurde eine Organisation gegründet und Richtlinien vereinbart. Seit 2004 besteht die *Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC)*, die sich 2017 in die *Responsible Business Alliance (RBA)* umbenannte, um die Entwicklung der Richtlinien voranzutreiben und deren Umsetzung in den einzelnen Betrieben zu kontrollieren. Heute sind in der RBA die größten Markenfirmen, Fertigungsunternehmen und Komponentenhersteller*innen der Elektronikindustrie organisiert.

Die Richtlinien der RBA sind bis vor einigen Jahren problematisch gewesen, da sie die Kernarbeitsnormen der *Internationalen Arbeitsorganisation (ILO)* unterboten. Diese stellen das absolute Minimum der Arbeitsrechte dar. Insbesondere das Übereinkommen 87 zur Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes und das Übereinkommen 98 zum Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen wurde bis vor Kurzem von der RBA nicht in die eigenen Richtlinien übernommen. Die aktuelle Formulierung in den RBA-Richtlinien wird weiterhin von Gewerkschaften und zivilgesell-

schaftlichen Organisationen kritisiert, da sie zu stark auf nationale Regulierungen abstellt. In China, dem Hauptland der Elektronikproduktion, ist jedoch die Gründung unabhängiger Gewerkschaften verboten. Die in den RBA Richtlinien herauszulesende Abneigung gegen Gewerkschaften und unabhängige Arbeiter*innenvertretungen setzt somit eine lange Tradition in der Industrie fort.

Die sogenannten Standards der Elektronikindustrie zum Thema Arbeitszeit lassen auch zu wünschen übrig. So wird eine maximale wöchentliche Arbeitszeit von 60 Stunden festgelegt. Im chinesischen Arbeitsgesetz ist die Definition der Höchstarbeitszeitdauer klar und beträgt 40 Stunden. Monatlich dürfen noch maximal 36 Überstunden zusätzlich geleistet werden. Es wird also schnell klar, dass der Industriestandard es mit den lokalen Gesetzen nicht so ernst nimmt. Gleichzeitig genügt ein Blick in die Nachhaltigkeitsberichte aller großen Markenfirmen, um festzustellen, dass selbst dieser Standard regelmäßig nicht eingehalten wird. Ein oft von Industrievertreter*innen vorgebrachtes Argument zu diesem Thema ist, dass die Arbeiter*innen selbst nach mehr Überstunden fragen. Bei Lohnhöhen, die bei einer normalen Arbeitszeit weit unter dem Existenzlohn liegen, ist dieses Argument etwas schief.

Sozialaudits sind ein Instrument der freiwilligen Selbstkontrolle, die sehr gerne von Unternehmer*innen genutzt werden, um zu kommunizieren, dass ihnen Menschenrechte wichtig sind und etwas getan wird. Seit einiger Zeit werden verstärkt Forschungsergebnisse veröffentlicht, die darauf hinweisen, dass Sozialaudits keine positive Wirkung für die betroffenen Arbeitsverhältnisse haben. Radikalere Forscher*innen weisen auf die negativen Auswirkungen des Systems der Sozialaudits hin, da trotz seiner Wirkungslosigkeit ein Bild der Verbesserung gezeichnet wird, was zum weiteren Abbau staatlicher und unabhängiger Kontrollsysteme führt.

VIII. DIE ILLUSION DER KONSUMENTSCHEIDUNG

Was können Konsument*innen vor diesem Hintergrund systemischer menschenrechtlicher Probleme einer Industrie tun, auf deren Produkte sie angewiesen sind oder die sie gerne nutzen? Oft wird in solchen Situationen nach dem vermeintlichen Ausweg der ethischen oder nachhaltigen Produkte gesucht. Mit der Konsumententscheidung soll eine vorgestellte Marktmacht ausgeübt und Unternehmen so zu besseren Organisationen gemacht oder die besseren Unternehmen im

Marktwettbewerb unterstützt werden. Nicht nur beruht diese Idee stark auf der neoliberalen Vorstellung des Marktes als effizienten und positiven Steuerungsmechanismus, sondern und noch viel problematischer ist in ihr eine Verantwortungsverschiebung eingeschrieben. Das Unternehmen trägt hier nicht mehr die volle Verantwortung für die Verletzungen der Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte in seinen Produktionsnetzwerken. Kund*innen, so das Bild, tragen mit ihrer Konsumententscheidung auch einen Teil der Verantwortung.

Diese Diskursverschiebung ist nicht nur falsch, sondern im Zusammenhang mit der Elektronikindustrie zu kurz gedacht. 2020 wurden trotz der Corona-Pandemie und Produktionsstopps 1,2 Milliarden Smartphones hergestellt. Individuelle Entscheidungen verlieren sich in einem solchen Markt sofort. Noch viel wichtiger ist die Tatsache, dass elektronische Geräte aus hochstandardisierten Komponenten bestehen. Die Speicherbausteine in den Smartphones, Laptops, Tablets und Desktops aller Marken stammen mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit von Samsung, Micron oder SK Hynix, die rund 75 % des weltweiten DRAM Marktes beherrschen. Bei anderen Komponenten ist es ähnlich. Die Geräte werden zudem oft von denselben Kontraktfertigern an manchmal denselben Standorten endgefertigt. Die Hoffnung einer bewussten Entscheidung für ein vermeintlich ethischeres Produkt fällt somit vollends in sich zusammen.

IX. ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG ALS WEG ZU VERANTWORTUNGSÜBERNAHME UND KONTROLLE

Nachhaltiger Konsum hat jedoch eine andere wichtige Funktion. Er schafft Diskursräume, verbindet die Themen Menschenrechte, Verletzung grundlegender Arbeitsrechte, Tod, Leid und Ungerechtigkeit mit den dafür verantwortlichen Unternehmen, die uns die elektronischen Geräte verkaufen. Dies kann dazu führen, dass Menschen nicht nur verstehen, dass diese Welt existiert, sondern sich fragen, was sie machen können. In den letzten Jahren hat sich eine Möglichkeit entwickelt, die teilweise demokratische Prozesse, staatliche Verantwortung und unabhängige Kontrolle von Unternehmen zusammenbringt: die öffentliche Beschaffung.

2014 hat die *Europäische Union* ihre Direktiven zur öffentlichen Beschaffung erneuert und, angetrieben vom jahrelangen Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen, die Möglichkeit der Nutzung sozialer und ökologischer Kriterien in öffentlichen Ausschreibungen ermöglicht. Zuvor war es in der

Beschaffung nur erlaubt nach dem Kriterium Preis zu entscheiden. Zwar konnten auch qualitative Kriterien einfließen in die Endbewertung, sie waren aber sehr eng gefasst und auf technische Produktmerkmale begrenzt. Seit 2014 dürfen Beschaffer*innen soziale und ökologische Kriterien nutzen, die sich auf die Produktionsprozesse und somit auf die Produktionsnetzwerke beziehen, die hinter den von ihnen beschafften Produkten stehen.

Öffentliche Einrichtungen beschaffen Hardware auf der Grundlage mehrjähriger Verträge mit oft beträchtlichem Volumen. Dieser gesicherte und stetige Absatz macht sie zu interessanten Kund*innen der Elektronikbranche. Volumen und Vertragslänge bilden auch den Rahmen für ein Engagement der öffentlichen Beschaffung, um die vorhandenen Verletzungen der Menschen-, Arbeits- und Umweltrechte nachhaltig anzugehen und an sinnvollen Verbesserungen gemeinsam mit ihren Lieferant*innen zu arbeiten. Der Vergabe- und Beschaffungsprozess ist lang und komplex und bietet verschiedene Ansatzpunkte für sozial nachhaltige Beschaffung. Einen Einstieg können Nachhaltigkeitszertifikate bilden. Da solche Zertifikate auf dem System der Sozialaudits beruhen, bieten sie nur begrenzte Einflussmöglichkeiten und Transparenz für die Beschaffung. Das Interesse an zertifizierten Geräten ist jedoch hoch bei Beschaffer*innen, da dies der im traditionellen Vergabeprozess eingeschriebenen Bewertungslogik entspricht. Die Vorstellung der Existenz fairer und weniger fairer Geräte ist auf Grund der beschriebenen Organisationsform der Industrie und die, auf hochstandardisierten Komponenten beruhenden, Gerätearchitekturen jedoch wenig realistisch.

X. MONITORING FÜR LANGFRISTIGE VERÄNDERUNGSPROZESSE

Die geltenden EU-Beschaffungsrichtlinien ermöglichen Beschaffungsverantwortlichen, soziale und ökologische Kriterien in den Vertragsbedingungen zu nutzen und deren Einhaltung selbst oder durch Dritte zu überprüfen. Sie können also ihre Lieferant*innen zur Einhaltung bestimmter menschen- und arbeitsrechtlicher Standards vertraglich verpflichten und dann während der manchmal fünf Jahre währenden Verträge an Verbesserungen arbeiten. Genau auf dieser Möglichkeit baut die Nichtregierungsorganisation *Electronics Watch* auf, die unabhängiges Monitoring im Auftrag ihrer aktuell 330 Mitglieder, Beschaffungsabteilungen aus sieben europäischen Ländern, anbietet. Dabei setzt *Electronics Watch* auf ein arbeitsorientiertes Monitoring, das die Arbeiter*innen mit ihren Beschwerden ins Zentrum stellt.

Electronics Watch arbeitet in den jeweiligen Produktionsländern mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für Arbeits- und Menschenrechte einsetzen. So können die lokalen kulturellen, sozialen und rechtlichen Feinheiten beachtet werden. Das Monitoring wird in erster Linie durch offene Interviews mit Arbeiter*innen außerhalb der Betriebsgelände durchgeführt. Dieser zeitaufwändige Prozess erleichtert den Aufbau von Vertrauen und Sicherheit für die Arbeiter*innen, die so leichter auch über sehr sensible und private Probleme sprechen. Gleichzeitig ermöglicht die offene Form der Interviews den Arbeiter*innen selbst Themen zu setzen.

Die so gesammelten Daten werden überprüft, Aussagen erhärtet, vor dem Hintergrund der geltenden Gesetze und internationalen Standards analysiert und zu einem internen Bericht verdichtet. *Electronics Watch* teilt diesen Bericht mit seinen Mitgliedern und den Unternehmen, die in der untersuchten Fabrik ihre Geräte herstellen lassen. Die Markenfirmen haben sich gegenüber *Electronics Watch*-Mitgliedern vertraglich verpflichtet, berichteten Verstößen und Risiken nachzugehen und dabei mit *Electronics Watch* zusammenzuarbeiten. Ist ein solcher betrieblicher Verbesserungsprozess abgeschlossen, veröffentlicht *Electronics Watch* einen Bericht an die breite Öffentlichkeit.

XI. ERSTE ERFOLGE

Zwischen 2016 und 2019 arbeitete *Electronics Watch* mit seinem thailändischen Monitoringpartner Migrant Workers Rights Network (MWRN) an der Verbesserung der Situation bei der Firma *Cal-Comp*, die zum damaligen Zeitpunkt u. a. für Firmen wie *HP* und *Western Digital* produzierte. Den im Betrieb beschäftigten Wanderarbeiter*innen aus Myanmar waren Pässe abgenommen und gesetzeswidrige Vermittlungsgebühren berechnet worden. Das Risiko von Zwangsarbeit oder Schuldknechtschaft ist in solchen Situationen hoch. Die Rückgabe der Papiere an die Arbeiter*innen geschah relativ schnell. Anfang 2020 konnte *Electronics Watch* berichten, dass über 10.000 Arbeiter*innen die gesetzeswidrigen Vermittlungsgebühren in voller Höhe zurückgezahlt worden sind. Zum damaligen Zeitpunkt handelte es sich um die größte Rückzahlung dieser Art in der Elektronikindustrie.

2019 bestätigte ein Monitoringpartner in einem Zulieferbetrieb in Indonesien den Einsatz von Toluol, ein in der EU seit 2005 verbotenes Lösungsmittel, und damit einhergehende gesundheitliche Probleme bei den Arbeitenden. Nachdem *Electronics Watch* den Bericht mit der Markenfirma, die

ihre Komponenten aus dem Betrieb bezog, besprochen hatte, wurde das Toluol schnell durch ein weniger giftiges Lösungsmittel ersetzt und die Arbeiter*innen mit besserer persönlicher Schutzausrüstung versorgt. Die Erneuerung der Hallenventilation wurde gemeinsam von der Markenfirma und dem Zulieferer in Angriff genommen.

XII. CONCLUSIO: ÖFFENTLICHE BESCHAFFUNG ALS TREIBER VON VERÄNDERUNG

Dies sind nur zwei Beispiele für betriebliche Verbesserungsprozesse deren Zahl immer weiter steigt. Zentral bei diesen Entwicklungen waren immer die öffentlichen Beschaffungen. Die Expertise von *Electronics Watch* ermöglicht ihnen ein aktives Engagement mit ihren Lieferant*innen, mit dem Ziel diese in solchen Verbesserungsprozessen anzutreiben. Ausgehend von der Idee, dass es aktuell keine fairen Elektronikgeräte gibt, aber dass es möglich ist, gemeinsam an der Verbesserung der Zustände zu arbeiten, werden so messbare und sinnvolle Verbesserungen für und mit betroffenen Arbeiter*innen vorangetrieben.

Den durch den ethischen Konsumdiskurs sensibilisierten Konsument*innen steht somit ein Weg offen, wie sie Einfluss nehmen können. Bei öffentlicher Beschaffung handelt es sich fast immer um die Ausgabe von Steuermitteln durch öffentliche Einrichtungen, die von den Städten, Regionen, Schulen oder Universitäten, in denen die Konsument*innen leben, arbeiten oder lernen, verwaltet werden. Als praktische Übung in Demokratie können Fragen danach gestellt werden, ob die Beschaffung von Elektronikhardware menschenrechtliche Standards beinhaltet und wie diese überprüft werden. Hartnäckigkeit ist bei diesem Thema notwendig, da es für viele öffentliche Einrichtungen noch neu ist. Sollten aber die geforderten Ideen zu menschenrechtlichen Standards und deren industrieunabhängiger Überprüfung umgesetzt werden, so haben Konsument*innen zu einem Aufbau eines Systems beigetragen, dass nachhaltige Verbesserungen bei den betroffenen Arbeiter*innen befördert.

PETER PAWLICKI

forscht zur Globalisierung der Elektronikindustrie und ihren Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsrechte. Er war an mehreren internationalen Forschungsprojekten zur Auftragsfertigung beteiligt; Pawlicki leitet die Abteilung *Outreach and Education* bei *Electronics Watch*.

Literatur

- Andrijašević, Rrutvica (2015): Beyond China. Foxconn's Assembly Plants in Europe, in: *South Atlantic Quarterly* 114(1), 215–224, online unter: https://www.researchgate.net/publication/273109577_Beyond_China_Foxconn%27s_Assembly_Plants_in_Europe (letzter Zugriff: 11.09.2021).
- Andrijašević, Rutvica/Novitz, Tonia (2020): Supply Chains and Unfree Labor. Regulatory Failure in the Case of Samsung Electronics in Slovakia, in: *Journal of Human Trafficking* 6(2).
- Angel, David P. (1994): *Restructuring for Innovation. The Remaking of the U.S. Semiconductor Industry*, New York: Guilford Press.
- Chan, Jenny/Selden, Mark/Ngai, Pun (2020): *Dying for an iPhone. Apple, Foxconn and the lives of China's Workers*, London: Pluto Press.
- Chan, Jenny/Ngai, Pun (2010): Suicide as protest for the new generation of Chinese migrant workers: Foxconn, global capital, and the state, in: *The Asia-Pacific Journal*, 2010, online unter: <https://apjff.org/~Pun-Ngai--Jenny-Chan/3408/article.pdf> (letzter Zugriff: 11.09.2021).
- Chan, Jenny/Ngai, Pun (2012): Global capital, the state, and Chinese workers. The Foxconn experience, in: *Modern China* 38(4), 383–410.
- Claeson, Björn (2019): Making rights effective in public procurement supply chains. Lessons from the electronics sectors, in: Martin-Ortega, Olga/Methven O'Brien, Claire (Hg.): *Public Procurement and Human Rights. Opportunities, Risks and Dilemmas for the State as Buyer*, Cheltenham: Edward Elgar, 192–205.
- Distelhorst, Greg/Locke, Richard M./Pal, Timea/Samel, Hiram (2015): Production goes global, compliance stays local. Private regulation in the global electronics industry, in: *Regulation & Governance* 9(3), 224–242.
- Drahokopil, Jan/Andrijašević, Rutvica/Sacchetto, Devi (2016): Flexible workforces and low profit margins: electronics assembly between Europe and China, ETUI, online unter: <https://www.etui.org/publications/books/flexible-workforces-and-low-profit-margins-electronics-assembly-between-europe-and-china> (letzter Zugriff: 11.09.2021).
- Electronics Watch (2018): *Compliance Reports. Foxconn in Pardubice, Czech Republic, June 2018*, online unter: https://electronicswatch.org/en/compliance-reports-foxconn-in-pardubice-czech-republic-june-2018_2541758.pdf (letzter Zugriff: 11.09.2021).
- Electronics Watch (2020a): *When compliance is not enough. Why victims of forced labour should be partners in the remediation design*, online unter: https://electronicswatch.org/when-compliance-is-not-enough-why-victims-of-forced-labour-should-be-partners-in-the-remediation-design_2572369.pdf (letzter Zugriff: 11.09.2021).

Electronics Watch (2020b): Cal-Comp: A Lesson in the Importance of Worker-Driven Monitoring to End Forced Labour in Global Supply Chains, online unter: https://electronicswatch.org/cal-comp-a-lesson-in-the-importance-of-worker-driven-monitoring-to-end-forced-labour-in-global-supply-chains-february-2020_2569307.pdf (letzter Zugriff: 11.09.2021).

ERI and EW (Economic Rights Institute and Electronics Watch) (2018): The Link Between Employment Conditions and Suicide: A Study of the Electronics Sector in China, online unter: https://electronics-watch.org/the-link-between-employment-conditions-and-suicide-a-study-of-the-electronics-sector-in-china-november-2018_2549396.pdf (letzter Zugriff: 11.09.2021).

Ernst, Dieter/Lüthje, Boy (2003), Global Production Networks, Innovation and Work. Why Chip and System Design in the IT-Industry are Moving to Asia, East-West, in: East-West Center Economics Series 63, online unter: <https://www.eastwestcenter.org/system/tdf/private/ECONwp063.pdf?file=1&type=node&id=31958> (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Kim, Jongyoung/Kim, Heeyun/Lim, Jawoon (2020): The Politics of Science and Undone Protection in the “Samsung Leukemia” Case, in: East Asian Science, Technology and Society 14 (4), 573–601.

LeBaron, Genevieve/ Lister, Jane (2016): Ethical audits and the supply chains of global corporations, SPERI, Global Political Economy Brief No. 1, Sheffield Political Economy Research Institute, University of Sheffield, online unter: <http://speri.dept.shef.ac.uk/wp-content/uploads/2018/11/Global-Brief-1-Ethical-Audits-and-the-Supply-Chains-of-Global-Corporations.pdf> (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Lüthje, Boy (2001): Standort Silicon Valley: Ökonomie und Politik der vernetzten Massenproduktion, Frankfurt: Campus.

Lüthje, Boy/Butollo, Florian (2017): Why the Foxconn model does not die. Production networks and labour relations in the IT industry in South China, in: Globalizations 14(2), 216–231.

Lüthje, Boy/Hürtgen, Stefanie/Pawlicki, Peter/ Sproll, Martina (2013): From Silicon Valley to Shenzhen: global production and work in the IT industry, Maryland: Rowman & Littlefield.

Lüthje, Boy (2007): Making Moore’s Law Affordable – Modularisierung und vertikale Re-Integration in der Chip-Entwicklung, in: Dolata, Ulrich/Werle, Raymund (Hg.): Gesellschaft und die Macht der Technik. Sozioökonomischer und institutioneller Wandel durch Technisierung, Frankfurt: Campus, 179–200.

MSI Integrity (2020): Not Fit-for-Purpose. The Grand Experiment of Multi-Stakeholder Initiatives in Corporate Accountability, Human Rights and Global Governance, online unter: https://www.msi-integrity.org/wp-content/uploads/2020/07/MSI_Not_Fit_For_Purpose_FORWEBSITE.FINAL_.pdf (letzter Zugriff: 12.09.2021).

Plank, Leonhard/Staritz, Cornelia (2013) ‘Precarious Upgrading’ in Electronics Global Production Networks in Central and Eastern Europe. The Cases of Hungary and Romania, Capturing the Gains Working Paper No. 31, online unter: https://www.researchgate.net/publication/256061814_27Precarious_Upgrading%27_in_Electronics_Global_Production_Networks_in_Central_and_Eastern_Europe_The_Cases_of_Hungary_and_Romania (letzter Zugriff: 11.09.2021).

Ngai, Pun/Andrijasevic, Rutvica/Sacchetto, Devi (2020): Transgressing North-South Divide. Foxconn Production Regimes in China and the Czech Republic, in: Critical Sociology 46(2).

Ngai, Pun/Tse, Tommy/Ng, Kenneth, (2019): Challenging digital capitalism: SACOM's campaigns against Apple and Foxconn as monopoly capital, Information, in: Communication & Society 22(9), 1253–1268.

Schlossberg, Tatiana, (2019): Silicon Valley Is One of the Most Polluted Places in the Country. Microchip manufacturers contaminated the groundwater in the 1980s. Almost 40 years later, the cleanup still isn't complete, in: The Atlantic, online unter: <https://www.theatlantic.com/technology/archive/2019/09/silicon-valley-full-superfund-sites/598531/> (letzter Zugriff: 11.09.2021).

Smith, Ted/Sonnenfeld, David A./Pellow, David N. (Hg.) (2006): Challenging the Chip. Labor Rights and Environmental Justice in the Global Electronics Industry, Philadelphia: Temple University Press.

Sproll, Martina,(2009): High-Tech für Niedriglohn. Neotayloristische Produktionsregimes in der IT-Industrie in Brasilien und Mexiko, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Sturgeon, Timothy (1997), Turnkey Production Networks – A New American Model of Industrial Organization?, Berkeley Round Table on the International Economy, Working Paper 92a.

Outhwaite, Opi/Martin-Ortega, Olga (2019): Worker-driven monitoring–Redefining supply chain monitoring to improve labour rights in global supply chains, in: Competition & Change 23(4), 378–396.



BenchMarking – Colours of Love

Bank gestaltet von Teilnehmer*innen des Projekts, Ort: Liesingbach

Der Krieg der Eigennamen

Mit *Der Krieg der Eigennamen* schließt **THOMAS BALLHAUSEN** ganz vorsätzlich an Poststrukturalismus und Postmarxismus an. – Einblicke in ein neues Prosaprojekt, das Literatur und Theorie zusammenbringt.

I.

Du beginnst mit dem Schluss eines Anfangs, dem erinnerten Posieren an einem riesigen Fenster, dem Bewegen einer Kerze. Während Du dem Publikum Deinen Rücken zuwendest – etwas, das Du außerhalb dieser Situation nie freiwillig tun würdest – sendest Du Signale aus. Du hast Spielkarten zusteckt, kryptische Botschaften geflüstert und Du warst unsicher, aber Du hast es nicht bereut. Auch deshalb sind diese Gedanken wenig mehr als die Mitschrift einer Anprobe, Dein Erinnern, das im Zeichen der traurig verkürzten Figur *Echo* steht. Der zufällige Griff ins Register eines Nachschlagewerks wenige Tage zuvor hatte Dich zur Lektüre eines Eintrags über sie verleitet, die prägnante, ja sachliche Nachzeichnung von mythologisch gerahmter Gewalt in wenigen Zeilen war irritierend und zugleich entlarvend gewesen. Unter dem strengen Spruch sich entziehender Mächte blieb von ihr nur wenig, bloß die Wiederholung des Letzten, etwas wie ein Nachhall von Gehörtem und Gesprochenem.

II.

Das versuchsweise Anprobieren von Masken und Anzügen, das Ausprobieren anderer Charaktere hat Dich an diesen Punkt geführt, an ein Herausfallen, das sich im Abweichen vom Vereinbarten zeigt. Niemand spricht Dich später bei der Premierenfeier darauf an, es wurde großzügig übergangen oder war schlicht übersehen worden. Die Fiktion blutet auch jetzt noch immer in die Wirklichkeit hinein, die Unterschiede zwischen Kleidung und Kostüm existieren hier nicht, sie wurden vorsätzlich gelöscht. Ein Agent, der Dich bei der Feier ganz unverblümt anspricht und Dich anzuwerben versucht sagt etwas wie *Es gibt keine Zukunft, aber nicht so wie erwartet* und Du antwortest höflich, aber unverbindlich. Er verhält sich trotzdem, als wäre die Entscheidung schon gefallen und als hättest Du keinen Anteil daran gehabt.

III.

Du verbringst den Nachmittag auf einer der alten, vorgeschobenen Plattform am Stadtrand und schießt mit einer Handkanone auf vorbeifliegende Drohnen. Entkoppelt von ihren Steuerprogrammen fliegen sie ziellos herum, gleich überdimensionalen Insekten, sie erinnern auf irritierende Weise an einen lange zurückliegenden Konflikt. Statt die Drohnen einzusammeln ist es zu einem Freizeitvergnügen geworden, auf sie zu feuern. Hin und wieder wird eines der Relikte nicht nur getroffen, sondern stürzt ab oder zerbirst in einer überraschenden Explosion. Wenn das passiert, gilt es, je nach Situation, höflich zu applaudieren oder sich zu verbeugen.

IV.

Du sitzt in einer neuen Bar, wartest auf ein Date, das nicht auftauchen wird. Die thematische Einrichtung des Lokals spielt auf den letzten Krieg an, alle Gläser und Teller haben Sprünge und scharfe Kanten, das Besteck ist unvollständig und verbogen, an den Wänden sind großflächige Reproduktionen von Stanley Donwood angebracht. Die zwischen den Tischen herumeilende Bedienung trägt passenderweise Issey Miyake, Du erinnerst Dich an die vieldiskutierte Formulierung vom *Hiroshima Chic* in den Medien. Du holst Deinen Kommunikator und die Spielkarte heraus, die in Deiner Wohnung als Geschenk zurückgelassen wurde. Auf der blanken Oberfläche des Geräts liest Du Nachrichten aus Paris, Stockholm, Proxima Centauri, jemand ist wie auf der Flucht vor Dir und Deinem schlechten Einfluss, aber Du verstehst nicht warum. Auf der Spielkarte ist der glücklose Orpheus abgebildet, die immer noch stumpf schmerzende Erinnerung an eine Zurückweisung stellt sich ein. Du fährst die Kanten des starken Papiers entlang, alles Teil einer Performance, die, obwohl unbeobachtet, doch stattgefunden hat.

V.

Abends kommst Du zu viel zu spät zu einer Veranstaltung, an eine der Wände im Saal wird *The Last Movie* projiziert und auf dem Podium davor beschwert sich der geladene Vortragende, wie weinerlich und schwach er die Hauptfigur findet. Bald schon geht alles in eine Party über und Du sprichst an der Bar eine junge Frau auf ihr *Duran Duran*-T-Shirt an. Als sie erzählt, sie hätte es ihrer Mutter geklaut, kannst Du nicht anders als Dich ertappt zu fühlen und dümmlich vor Dich hin zu lächeln. Als ihr viel später zu einer Schnulze von Carly Simon tanzt, lautlos mit den Lippen den Text formt, *and I believe in love*, und etwas wie unentschlossene Ironie in eure Schritte legt, *but what else can I do*, möchtest Du den Inhalt der Liedzeilen gerne glauben, zumindest für diese wenigen, schnell vergehenden Minuten, *I'm so in love with you*.

VI.

Nachdem Du eine gebundene Ausgabe von *Pale Fire* und die Verfilmung von *The Informers* – zwei Dinge, die Dir immer wieder verloren gehen oder gestohlen werden – telefonisch in einer Buchhandlung nachbestellt hast, nimmst Du das geliebte Cabrio und fährst, das schöne Wetter genießend, ziellos durch die Gegend. Du nimmst eine der großen Tangenten in Deine alte Gegend, die mittlerweile völlig heruntergekommenen Wormwood Gardens. Wie automatisch fährst Du zum alten Van Doren-Anwesen, bist Dir nicht mehr sicher, ob die legendäre Besitzerin dieses riesigen Hauses eine Stummfilmdiva war, eine Spionin oder gar beides. Du parkst in der Nähe und gehst um das Grundstück herum, blickst in den abgezäunten Garten, der passenderweise voller Wermutkraut ist. Du erinnerst Dich an die Geschichten über das Haus, wie die Gerüchte darüber sich wie eine Krankheit auf die Nachbarschaft ausgedehnt haben, es Berichte über Schießereien und Spekulationen über Gespenster gab, die die Mietpreise in den Straßenzügen rundum drastisch sinken ließen.

VII.


Neben dem Haupttor sitzt ein alter Obdachloser an einer Ecke. Als Du auf dem Weg zu Deinem Wagen vorbeigehst sagt er, zu Dir aufblickend, sehr klar den Satz *Morgen könnte ich schon gestorben sein* und Du fragst Dich, während Du weitergehst, was das zu bedeuten hat. Du gehst zurück, legst etwas Kleingeld in den leeren Hut, den der Mann vor sich auf den Boden gelegt hat. Du fragst ihn, warum er diesen Satz gesagt hat, aber er antwortet ausweichend und in wenig zusammenhängenden Sätzen. Als er unvermittelt zu weinen beginnt, gehst Du weiter, die Situation überfordert Dich. Er ruft Dir

den Satz *Ich werde mich immer an Dich erinnern nach*, aber Du redest Dir ein, ohne Dich nochmals umzudrehen, dass er nicht Dich gemeint hat und dass Du Dinge nicht einfach machst um darüber schreiben zu können.

VIII.

Nachts machst Du Persönlichkeitstests online, recherchierst nach Beratungs-Hotlines und Selbsthilfeliteratur, Deine Gedanken kreisen um Begriffe wie *Covert Narcissism*, *Borderline*, *Depression* und *Dissoziale Persönlichkeitsstörung*. Du hast vergessen, wie oft Du schon auf diese Weise beschimpft wurdest, aber es hat Dich zumeist kaum gestört. Tags darauf erzählst Du Deinem Analytiker davon, aber er erwidert nur leicht gelangweilt, dass Du nicht so banal sein sollst. Das kommt Dir vertraut vor und als Du ihn danach fragst, ob dieser Satz ein Zitat ist, grinst er nur. Du beschließt in diesem Moment für Dich, die Behandlung abubrechen, auch wenn Du wie gewohnt einen Folgetermin vereinbarst. Jemand anderer braucht Deine Seele ja vielleicht viel mehr als Du es tust.

VIII.

Zurück in Deiner Wohnung erreicht Dich eine Nachricht, die Du Dir immer schon erwartet hattest, da sie nun aber eintrifft, Dich trotzdem überrascht: *Der Schwarze Peter ist tot. Komm nach Hause*. Ausgerechnet Dein Bruder, mit dem Du seit Monaten nicht gesprochen hast, hat Dich informiert und nach einem kurzen Moment beginnst Du eine Reisetasche zu packen. Du möchtest eigentlich nicht nach Kernow zurückfliegen, noch nicht, wenngleich Dir auch nicht klar ist, warum. Du führst die notwendigen Bewegungen wie automatisch aus, Dein Kopf ist ganz leicht. 

THOMAS BALLHAUSEN

lebt als Autor, Kultur- und Literaturwissenschaftler in Wien und Salzburg. Er ist international als Herausgeber, Vortragender und Kurator tätig. Zuletzt erschien sein Buch *Transient Lyric Essay* (Edition Melos, Wien).

BenchMarking – Colours of Love


Was machen Farben mit uns – und wie können wir in der Auseinandersetzung damit lernen und uns und unsere Umgebung verändern? Mit *BenchMarking – Colours of Love* wurde ein Prozess gestartet, der Kreativität, Partizipation und Inklusion in den Vordergrund stellt.

Unsere aktuelle Fotostrecke gestaltet die Initiative *BenchMarking*, die auf eine Idee des Landtagsabgeordneten Marcus Schober und des Schauspielers Harald Krassnitzer zurückgeht. *BenchMarking* gestaltet gemeinsam mit Wiener*innen, Künstler*innen und allen Interessierten unser Lebensumfeld und gestaltet Parkbänke kunstvoll.

Bernd Herger und Karl Kilian adaptierten die Idee Ende 2019 und erarbeiteten ein Konzept von immer wieder stattfindenden Workshops im öffentlichen Raum. Im Sommer 2020 startete die erste Aktion am Wiener Donaukanal und seither fanden bereits über 10 Aktionen in unterschiedlichen Wiener Bezirken statt, so dass im Oktober 2021 bereits über 150 bunte Bänke existieren.

In Anlehnung an Joseph Beuys' Zitat „Jeder Mensch ist ein Künstler“ ermutigt *BenchMarking* Anrainer*innen ihr eigenes Umfeld legal mitzugestalten. Die Initiative schafft eine soziale Skulptur und damit sind alle Wiener*innen Teil von *BenchMarking*: Sei es mit dem Pinsel in der Hand beim Bemalen, als bewundernde Flaneur*innen oder beim einfachen Verweilen auf der Bank.

Bernd Herger, Online-Redakteur der ZUKUNFT ist Projektleiter der Initiative und gemeinsam mit dem Künstler Karl Kilian Gründer des Vereins *BenchMarking – Farben in die Stadt*

Bei *BenchMarking – Colours of Love* kommen Menschen aus jeder Gesellschaftsschicht zusammen und machen die Welt ein klein wenig bunter! 

Weiter Informationen zum Projekt unter: www.benchmarkingvienna.org

Die Fotos der Bänke der Initiative in dieser Ausgabe der ZUKUNFT kommen von Tom Peschat. Als echter Wiener Fotograf, der in Meidling in einem Gemeindebau lebt, fängt er bevorzugt die Emotionen der Wiener*innen mit seiner Kamera ein, ob jetzt Bürgermeister*in oder Hausmeister*in, ist ihm dabei völlig gleich. Für ihn zählt das Individuum.

Weitere Informationen zu Thomas Peschat: www.tompesch.at

BERND HERGER

ist Online-Redakteur der ZUKUNFT und studierte Wirtschaftsinformatik an der wu Wien. Nach einer langjährigen Beschäftigung in der Gastronomie arbeitet er nun für die Wiener Bildungsakademie und ist Projektleiter der Initiative *BenchMarking – Colours of Love*.



BenchMarking – Colours of Love
Bank gestaltet von Teilnehmer*innen des Projekts, Ort: Prater Hauptallee vor der Sternwarte



BenchMarking – Colours of Love
Marcus Schober und Bernd Herger



BenchMarking – Colours of Love
Karl Kilian

Caspar Einem 1948–2021

Mut zur Haltung

Mit dem überraschenden Tod von **CASPAR EINEM** verliert die österreichische Sozialdemokratie einen langjährigen Mitstreiter, der auch abseits der bundespolitischen Bühne als kritischer linker Intellektueller in Erscheinung trat.

Eine starke Stimme für eine solidarische und gerechtere Gesellschaft ist am 9. September 2021 für immer verstummt. „Caspar Einem war eine beeindruckende Persönlichkeit und ein prägender Politiker mit Weitsicht, Visionen und Entschlossenheit, dem wir viel zu verdanken haben“, würdigte SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner das Wirken des Ausnahmepolitikers. Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch bezeichnet Einem als „ebenso großen wie aufrechten Sozialdemokraten, ein engagierten Intellektuellen mit Standfestigkeit, der in seinen vielen Funktionen unendlich viel für Österreich und die Sozialdemokratie geleistet hat“. „Wir betrauern einen Feministen. Caspar Einem war einer, der nicht nur über die Gleichstellung von Frauen und Männern geredet hat, sondern sie gelebt hat“, betont SPÖ-Frauvorsitzende Eva-Maria Holzleitner. Für den Wiener Bürgermeister Michael Ludwig war Einem „einer der prägendsten Politiker*innen Österreichs in den 90er-Jahren, der sich trotz schwieriger politischer Auseinandersetzungen als Verbinder mit Anstand auszeichnete.“

Diese und zahlreiche andere Kondolenz aus allen politischen Lagern zeigen: Das viel zu frühe Ableben von Caspar Einem hinterlässt eine schmerzhaft Lücke – sowohl in der SPÖ als auch in der gesamten österreichischen Politik.

Der am 6. Mai 1948 in Salzburg geborene Einem studierte nach seiner Matura in Wien Rechtswissenschaften und arbeitete nach seiner Promotion für fünf Jahre als Bewährungshelfer. Nach Abschluss seines Rechtspraktikums war er bis 1991 bei der *Wiener Arbeiterkammer* tätig, wo er auch Betriebsratsvorsitzender war. Danach wechselte er zum Mineralölkonzern OMV, wo ihn 1994 der Ruf in die Politik erteilte. Als Staatssekretär im Bundeskanzleramt bei Bundeskanzler Franz Vranitzky war er unter anderem für den öffentlichen Dienst zuständig.



© Wikimedia Commons

Ab April 1995 bis Jänner 1997 war er *Bundesminister für Inneres*. Gerade in dieser relativ kurzen Zeitspanne avancierte Caspar Einem zum erklärten Feindbild des rechten Lagers in Österreich, insbesondere der FPÖ, damals noch unter Jörg Haider. Als jemand, der immer gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit aufgetreten ist, ließ Einem die Menschlichkeit auch in der Funktion als Innenminister niemals außer Acht.

Doch nicht nur für die *Freiheitliche Partei*, sondern auch für eine auflagenstarke Boulevardzeitung wurde er zum Reibebaum. Die Zuschreibung „Paradelinker“ war wohl eine der freundlicheren Formulierungen, die so manche Kleinformat-Kolumnisten für Caspar Einem fanden. Er selbst kommentierte derlei Anfeindungen auf seine ihm typische, unvergleichliche Art und mit einer Prise trockenem Humor: „Ich bin draufgekommen, dass es ziemlich wurscht ist, ob du in der Krone positiv oder negativ vorkommst – solange du vorkommst.“

Ab 1997, in der Bundesregierung Klima, war Caspar Einem *Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr*. In seine Zeit als Wissenschaftsminister fiel unter anderem die Neuordnung des europäischen Hochschulraums (Bologna-Prozess) sowie die Vereinheitlichung des Studienrechts. Unter der Schwarz-Blauen Regierung Schüssel wurde er als Abgeordneter zum Nationalrat, wo der glühende Europäer Einem als Europaspreeher und stellvertretender Klubobmann tätig war.

Neben seiner bundespolitischen Karriere war Einem für rund ein Jahrzehnt Vorsitzender der SPÖ-Bezirkspartei im neunten Wiener Gemeindebezirk. Ob auf Bundes- oder Bezirksebene – Caspar Einems Politikverständnis war zutiefst geprägt von Mut zur Haltung und der Liebe zu den Menschen, betont sein langjähriger Alsergrunder Weggefährte, der ehemalige Klubvorsitzende der SPÖ Wien, Siegi Lindenmayr. Besonders geschätzt wurde er unter anderem für sein umfangreiches Wissen und seine Fähigkeit, komplizierte Zusammenhänge prägnant in kurzer Form darzustellen.

Doch auch in den eigenen Reihen war das Verhältnis nicht immer völlig friktionsfrei. Caspar Einem nahm sich kein Blatt vor den Mund. Seine Weltanschauung war zu meist deutlich weiter am linken Rand unserer Gesinnungsgemeinschaft angesiedelt als es der sozialdemokratische „Dritte Weg“-Mainstream der späten 1990er-Jahre war. Was stellweise auch zu der einen oder anderen lebhaften Debatte unter Genoss*innen führte.

Gleichsam war Einems klare und prononciert linke Haltung auch der Grund für seine bis zuletzt ungebrochen große Beliebtheit bei den roten Jugend- und Vorfeldorganisationen, die ihrerseits ähnlich gelagerte Diskussionen aus den diversen Parteigremien wohl nur zu gut kennen. Ob nun auf Bezirks-, Landes- oder Bundesebene – für viele Jüngere Semester in der SPÖ gilt Caspar Einem dank seiner Haltung wie wohl kaum ein anderer Politiker der jüngeren Vergangenheit als politisches Vorbild. „Mit seinem unglaublichen Wissen, inhaltlicher Souveränität und Seriosität hatte er Populismus nie nötig. Ein Mensch mit Stil und Klasse, der mit ganz viel Herz und Hirn für eine solidarische Gesellschaft und eine progressive Sozialdemokratie eingetreten ist“, erinnert sich der Wiener SPÖ-Gemeinderat Marcus Gremel.

Von 2002 bis 2008 übernahm Caspar Einem das Amt des Präsidenten des *Bundes sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen*. In seine Schaffenszeit fällt die

gründliche Aufarbeitung der sogenannten „braunen Flecken“ im BSA und der kritischen Auseinandersetzung der Organisation mit der eigenen Vergangenheit. In Zusammenarbeit mit dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* wurde ein umfangreicher Abschlussbericht veröffentlicht. Eine bis heute richtungsweisende Initiative, die man bei anderen Parteien vergeblich sucht. Ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit war die Förderung der Jugend im BSA, so initiierte er unter anderem die „politische Akademie“ des BSA.

Caspar Einem legte mit 31. Oktober 2007 sein Mandat im Nationalrat zurück und erklärte, dass er sich aus allen politischen Funktionen zurückziehen werde. Ruhig wurde es jedoch nicht um ihn. Neben der Herausgabe zahlreicher Bücher und Tätigkeiten in der Privatwirtschaft war er bis zuletzt in zahlreichen Institutionen tätig, unter anderem als Präsident des *Österreichischen Instituts für Internationale Politik*, Vizepräsident des *Europäischen Forums Alpbach*, Vizepräsident des *Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien* und Chefredakteur der ZUKUNFT.

Caspar Einem war verwitwet und hinterlässt einen Sohn.

Abschließend bleibt nur, BSA-Präsident Andreas Mailath-Pokorny zu zitieren: „Mit Caspar Einem verliert Österreich einen der wichtigsten Intellektuellen, Vordenker sowie Politiker mit Mut zur Haltung und zur Vision. Er hat Humanismus und Aufklärung im politischen Tagesgeschehen gelebt und auch gegen heftige Anfeindungen durchgesetzt. Mit viel Mut hat er bewiesen, dass ein Anpassen an den Mainstream nicht zur Grundausstattung eines Politikers gehören muss. Durch seinen Blick weit über den Tellerrand hinaus hat er gesellschaftliche Zusammenhänge erkannt und Politik immer auch als Kampf um die Gerechtigkeit gesehen. Die Redaktion der ZUKUNFT verliert mit ihrem langjährigen Chefredakteur eine maßgebliche und bedeutende Stimme der österreichischen Sozialdemokratie. In Gedanken sind wir bei ihm, seiner Familie und seinen vielen Freund*innen...“

Ein letztes „Freundschaft“!

EMIL GOLDBERG

ist Öffentlichkeitsarbeiter und war lange beim SPÖ-Pressedienst und für den öBB-Konzernbetriebsrat tätig. Zuletzt war er Pressesprecher des *Fonds Soziales Wien (FSW)*.

Weitere Informationen online unter: https://twitter.com/emil_goldberg



Die ZUKUNFT ist Rot! - BenchMarking - Colours of Love
Bank gestaltet von Bernd Herger, Karl Kilian, Sven Radisch und Dragan Velic, Ort: Prater Hauptallee vor der Sternwarte

Auf dem Weg in die ZUKUNFT!



DIENSTAG, DER 19. OKTOBER 2021 UM 18:30 UHR IN DER WIENER BILDUNGSKADEMIE (WBA)

75 Jahre ZUKUNFT – in Memoriam Caspar Einem

Anlässlich des Jubiläums der ZUKUNFT, die nun seit 75 Jahren erscheint, wollten wir gemeinsam mit Caspar Einem eine Diskussionsveranstaltung in der Praterstraße organisieren, die nun in Erinnerung an diese Größe der Sozialdemokratie ihm gewidmet sein soll. Wir werden seiner Eingedenk mit kompetenten Gästen die Geschichte unserer Zeitschrift, ihren (politischen) Aktualitätsbezug und auch die Zukunft der ZUKUNFT diskutieren.

Dabei soll es um die Rolle und Funktion unserer Diskussionszeitschrift im Rahmen der Sozialdemokratie genauso gehen wie um progressive Ideologie und Programmatik. Welche Themen soll die ZUKUNFT aufnehmen? Welche Impulse sind nötig, um die Sozialdemokratie neu auszurichten? Wir laden unsere Leser*innen dazu ein, sich einzubringen, Fragen zu stellen und mitzudiskutieren!



KAUM EIN ANDERES SYMBOL EINT DIE INTERNATIONALE ARBEITERBEWEGUNG SO STARK, WIE DIE 1871 IM NACH-REVOLUTIONÄREN PARIS VERFASSTE „INTERNATIONALE“. IM ANGESICHT DER NIEDERLAGE DES FRANZÖSISCHEN PROLETARIATS, WÄHREND TAUSENDE KÄMPFERINNEN UND KÄMPFER DER COMMUNE VON DER REAKTION ERMORDET WURDEN, MACHTE SICH, ÄNGSTLICH IM VERSTECK SITZEND, EUGENE POTTIER DARAN EIN TROTZIGES, HOFFUNGSFROHES KAMPFLIED ZU SCHREIBEN. SO ENTSTAND NICHT NUR DIE WELTWEITE HYMNE EINER STOLZEN BEWEGUNG, SONDERN EIN KAMPFLIED VON MILLIONEN BEWUSSTER ARBEITNERINNEN UND ARBEITNEHMER AUF DER GANZEN WELT.

BESTELLUNG

SOLANGE DER VORRAT REICHT

Kupon ausschneiden & einsenden an:

**VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstrasse 305/3
1110 Wien**

ICH BESTELLE "EIN LIED BEWEGT DIE WELT"
7,90 € INKL. MWST ZZGL. VERPACKUNG UND VERSAND 2,00 €

NAME: _____

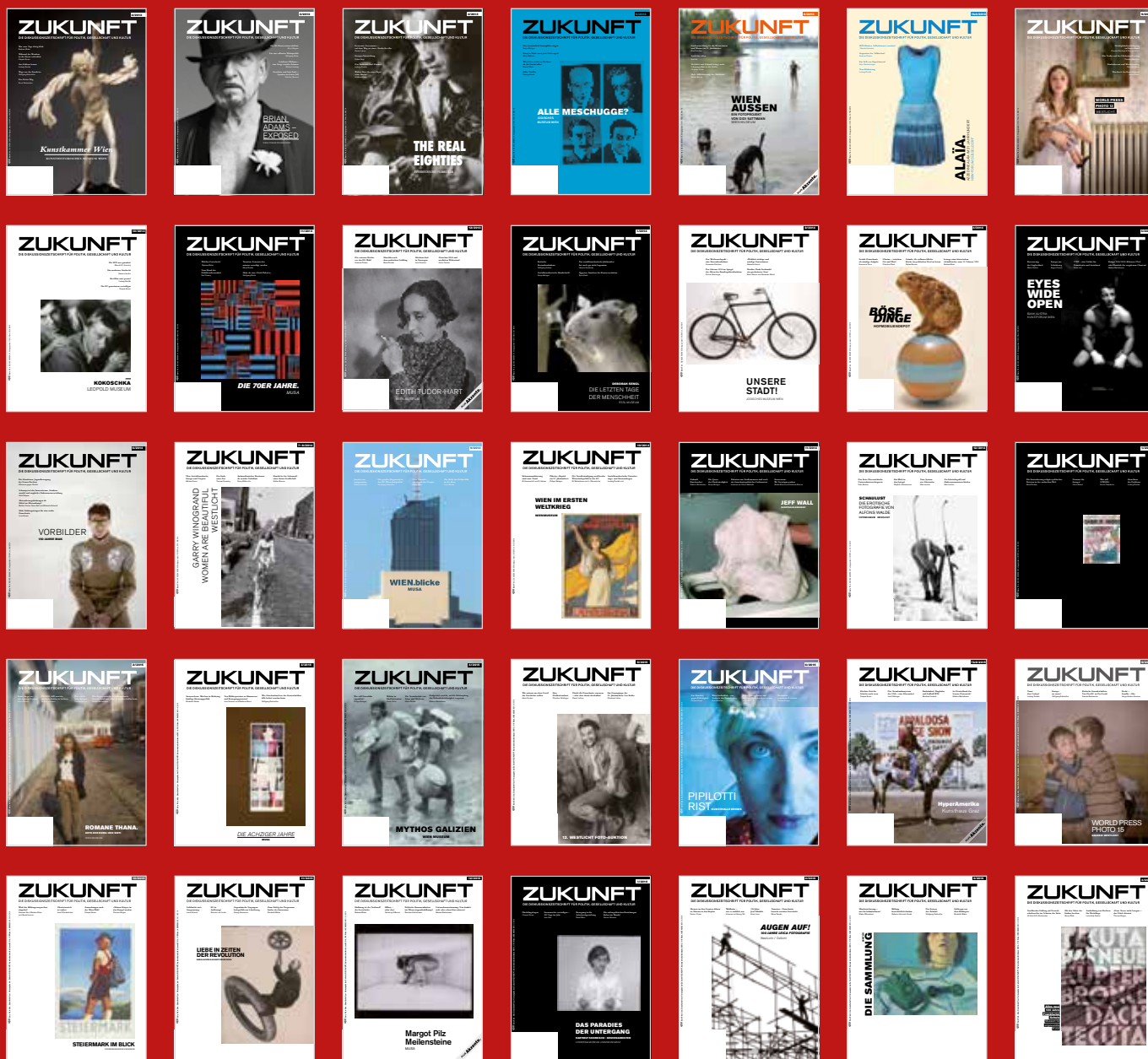
STRASSE: _____

ORT/PLZ: _____

TEL.: _____

E-MAIL: _____ UNTERSCHRIFT: _____

ODER BESTELLUNG PER E-MAIL AN DEN VERLAG: OFFICE@VAVERLAG.AT



ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden
& einsenden an:

VA Verlag GmbH
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3
1110 Wien

Ich bestelle ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 12,- Euro
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 49,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____

Unterschrift: _____